



Caritasverband
für die Diözese
Limburg e.V.



Jahresbericht

2010/2011

caritas

Herausgeber

Caritasverband für die Diözese Limburg e.V.
Graupfortstraße 5
65549 Limburg a.d. Lahn
info@dicv-limburg.de
www.dicv-limburg.de

Konzept, Redaktion, Text

Petra M. Schubert
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Fon: 06431.997.110
Fax: 06431.997.114
E-Mail: pressestelle@dicv-limburg.de

Gestaltung

S!DESIGNMENT, Köln
www.s-designment.net

Druck

AWG Druck GmbH, Runkel-Ennerich
Auflage: 800

Fotos

Hendrik Clöer: Seite 13(1)
Harald Förster: Seite 37
istockphoto.com: Titel (4), Seite 3, 11, 19, 21(2), 23(2), 24, 27(2), 28, 30, 34, 36, 39(2), 40, 45, 46
Dr. Christian Scharf: Seite 17, 18(2)
Barbara Schmidt: Seite 14
Petra M. Schubert: Seite 7, 12(2), 13(1), 15(2), 22, 32(2)

Mitarbeit u.a.:

Markus Ahne, Dr. Barbara Blattert, Hendrik Clöer,
Merhawit Desta, Sabine Dill-Arthen, Martin Ebach,
Andreas Eichmann, Radegundis Glenzer, Dr. Elke
Groß, Torsten Gunnemann, Jürgen Hartmann-Lichter,
Annegret Heim, Angelika Kennel, Dr. Johannes Keppeler,
Dr. Karl Koch, Hans Jörg Millies, Ingrid Rössel-Drath,
Martina Schlebusch, Bernhard Schnabel, Cordula
Schneider, Stefan Weber



»Ohne Caritas könnte die Frohe Botschaft nicht weitergegeben werden. Die organisierte Caritas [...] wird primär vollzogen, um den Nächsten in Not oder Bedrängnis zu helfen und das Herz liebend zuzuwenden – nicht, um Notsituationen dafür auszunützen, neue Christen zu gewinnen [..]«

Die deutschen Bischöfe (»Berufen zur Caritas« 2009)

Inhaltsverzeichnis

2	Impressum
4	Inhaltsverzeichnis
6	Geistliches Begleitwort
7	Vorwort
12	Ausgewählte Mega-Trends als Herausforderung für die Caritas im Bistum Limburg
12	Mega-Trend 1: Profil zeigen
12	„Tag der Caritas“ 2010
13	Caritas-Forum: Einladung zum Dialog
14	10 Jahre Erfolg für Refugium Hofheim
14	Caritas-Wallfahrt am 6. September 2011 nach Hofheim
14	Q-iTa II: Wertorientierte Qualität
15	„Arbeitsgemeinschaft Caritas der Gemeinde“: Neuer Vorstand
16	„Bereitschaft zur Bewegung“: Caritas Triebfeder für Engagement
17	Mega-Trend 2: Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen
17	Caritas-Jahresthema „Kein Mensch ist perfekt“ beim Jahresempfang der Hessen-Caritas
19	Frühe Hilfen in der Caritas
20	Steigende Nachfrage nach Qualifizierung
21	Kinderrechte: Lernen aus der Geschichte der Heimerziehung
22	Pflegende Angehörige vertreten ihre Interessen
23	Angehörige von Menschen mit Behinderungen melden sich zu Wort
24	Profilierung der Migrationssozialarbeit

25 Mega-Trend 3: Finanzierung und Finanzierbarkeit

- 25 Schuldenbremse
- 25 Erfolg für Caritas: BSG-Urteil zur Vergütung der ambulanten Dienste
- 26 Gründung der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.
- 27 Teilhabe von Menschen mit Behinderung sichern
- 29 Neues Hessisches Krankenhausgesetz bringt mehr Flexibilität
- 29 Projekt „Partnerschaft mit Flüchtlingen“ 2010

31 Mega-Trend 4: Fachkräftemangel

- 31 Kampagne „Altenpflege. SocialNetworking 3.0“
- 32 Bildungsangebote als Mittel gegen den Fachkräftemangel
- 34 Altenpflege-Bildungsangebote zertifiziert

35 Mega-Trend 5: Solidarität, Teilhabe und Gerechtigkeit

- 35 Bundesverfassungsgericht: Urteil zu den Regelsätzen im SGB II
- 36 Europaweit gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- 37 „Kinderarmut bekämpfen“
- 38 Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz
- 38 Landessozialbericht Hessen
- 38 Caritas-Hausaufgabenhilfe in Hessen: Kindern Bildungschancen bieten

41 Anhang

- 41 Finanzen
- 43 Caritasstiftung in der Diözese Limburg
- 47 Organigramm des DiCV Limburg
- 48 Zusammensetzung der Organe des DiCV Limburg
- 50 Zusammensetzung der Caritasstiftung in der Diözese Limburg
- 51 Veröffentlichungen im DiCV Limburg
- 52 Adressen

Geistliches Begleitwort

Beim Durchlesen des vorliegenden Jahresberichts ist mir ein Gedicht von Heinrich Böll eingefallen. In ihm schreibt er: „Wenn die Raupen wüssten, was einmal sein wird, wenn sie erst Schmetterlinge sind, sie würden ganz anders leben: froher, zuversichtlicher und hoffnungsvoller.“

In diesen Zeilen wird das Verhältnis von Gegenwart und Zukunft angesprochen. Für viele ist es schwer, in der Gegenwart die Hoffnung zu behalten, dass die Zukunft besser oder zumindest nicht schlechter wird. Dies lässt sich konkret am Beispiel der fünf „Mega-Trends“ festmachen: die demographische Bevölkerungsentwicklung, der zunehmende Fachkräftemangel, der Rückgang an öffentlicher Finanzierung, die sich weitende Schere zwischen Arm und Reich sowie die Reflexion des kirchlichen Selbstverständnisses angesichts der eben genannten Entwicklungen wie auch des innerkirchlichen Wandels.

Diese zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft im Allgemeinen und die Kirche wie die gemeindliche und verbandliche Caritas im Speziellen sind mit Fragen und Sorgen verbunden: Inwieweit betreffen mich die zukünftigen Veränderungen persönlich? Was können die Kirche und die Caritas tun, um trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, die die „Mega-Trends“ beschreiben, weiter zu versuchen, die Welt im Sinne des Evangeliums zu einem lebenswerten Ort zu gestalten?

Die oben zitierten Zeilen des Schriftstellers Heinrich Böll bestärken uns, in dem bevorstehenden Wandel aber auch eine Chance für einen fruchtbringenden Neuanfang zu sehen. Es besteht Grund zur Hoffnung, dass durch einen mutigen Umgang mit den gegenwärtigen Trends, den „Zeichen der Zeit“, und nicht durch den ängstlichen Rückzug in eine vermeintlich rosige Vergangenheit die gesellschaftliche Zukunft ein Stück weit gerechter wird. Das hieße, um mit Heinrich Böll zu sprechen, die Zukunft besitzt das Potenzial, schön wie ein Schmetterling zu werden.

Diese Hoffnung auf Zukunft steht im Zusammenhang mit der Hoffnung auf das ewige Leben. Heinrich Böll spricht am Ende aus dem bereits anfangs zitierten Gedicht auch diese theologische Dimension an: „Der Tod ist nicht das Letzte. Der Schmetterling ist das Symbol der Verwandlung, Sinnbild der Auferstehung. Das Leben endet nicht, es wird verändert. Der Schmetterling erinnert uns daran, dass wir auf dieser Welt nicht ganz zu Hause sind.“

Mit der Zuversicht, die aus Heinrich Bölls Worten spricht, möchte ich Sie ermutigen, in den bevorstehenden Herausforderungen die Hoffnung auf eine gute Zukunft zu behalten.

Ihr



OR Pfarrer Michael Metzler
Vorstandsvorsitzender



OR Pfarrer Michael Metzler
Vorstandsvorsitzender

Vorwort: Fünf Mega-Trends als Herausforderung für die Caritas im Bistum Limburg



Dr. Hejo Manderscheid
Diözesancaritasdirektor

Heinz Reusch

Gisela Lühn

OR Pfarrer Michael Metzler
Vorstandsvorsitzender

Pfarrer Kurt Geil

Liebe Leserinnen und Leser, sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Beitrag in der Zeitschrift „Sozialwirtschaft“ hat der Zukunftsforscher und Unternehmensberater Attila Nagy neun „Megatrends“ für die Sozialwirtschaft herausgearbeitet. Wir haben diese aufgegriffen, modifiziert und ergänzt. Wir haben uns schließlich fokussiert auf fünf markante Trends und drängende Herausforderungen für die Caritas, denen wir uns in den kommenden Jahren stärker denn je stellen müssen: auf die innerkirchlichen und verbandlichen Veränderungen und Profilfragen, auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen bei den Nutzern unserer Angebote – verursacht durch den demographischen Wandel sowie sich verändernde Bedarfe und Erwartungen –, auf den wachsenden Fachkräftemangel, die rückläufige öffentliche Finanzierung sowie die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich mit der Debatte um soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich.

Profil zeigen

Wir wollen als Caritas, als Wohlfahrtsverband unserer Kirche angesichts der **zunehmenden gesellschaftlichen Verwerfungen** Profil zeigen. Und zwar nicht nur mit Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Akteure hin. Sondern



auch mit Blick auf die **notwendigen strukturellen Veränderungen** unserer Kirche, hier im Bistum Limburg: Wir wollen den Platz der Caritas in den neuen Pfarrestrukturen definieren und Sorge dafür tragen, dass die Caritas als diakonischer Auftrag der Kirche in den Gemeinden der Zukunft verankert ist und für die Menschen da ist.

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen

Angesichts der demographischen Entwicklung müssen wir die Konzepte und Angebote unserer Einrichtungen und Dienste hinsichtlich ihrer **künftigen Zielgruppen** in den Blick nehmen: Insbesondere der Nordteil Hessens verzeichnet, das zeigt der Demographie-Atlas der Bertelsmann-Stiftung, einen deutlichen Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2025. Doch auch in den Landkreisen Lahn-Dill sowie Limburg-Weilburg und Rheingau-Taunus zeigen sich deutliche Abnahmen der Bevölkerungszahlen – wenn auch nicht so gravierend wie in den nördlichen Regionen Hessens. Zuwächse wird es vor allem in der Rhein-Main-Region geben. Insbesondere die künftige Elterngeneration der 22- bis 35-Jährigen wird sich überwiegend im Rhein-Main-Gebiet ansiedeln, während ihr Anteil im Norden Hessens stark abnimmt. Vor allem die größeren Städte und ihr direktes Einzugsgebiet sind dabei für diese Altersgruppe interessant, bieten sie doch insgesamt bessere Arbeits- und Ausbildungschancen sowie zumeist eine bessere Infrastruktur für Familien. Dieser Trend der Bevölkerungsentwicklung hat erhebliche Auswirkungen auf die jeweilige Angebots-Palette vor Ort. So ist beispielsweise im nördlichen Hessen eine sinkende Nachfrage nach Kindertageseinrichtungen zu erwarten; gleichzeitig steigt der Bedarf nach Angeboten für alte beziehungsweise pflegebedürftige Menschen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch in Rheinland-Pfalz: So wird das Durchschnittsalter im Kreis Westerwald und im Rhein-Lahn-Kreis bis zum Jahr 2025 erheblich ansteigen. Und auch mit Blick auf Zu- und Fortzüge zeigt sich ein mit Hessen vergleichbares Bild: Insbesondere die größeren Städte und ihr Einzugsgebiet profitieren von mehr Zu- als Abwanderung, so beispielsweise Mainz, Trier, Worms und Speyer – im Westerwald und im Rhein-Lahn-Kreis gibt es wesentlich mehr Fortzüge als Zuzüge, wobei der Rhein-Lahn-Kreis eine deutlich negative Bevölkerungsprognose aufweist.

Mit einer veränderten Altersprognose und Altersstruktur verbunden ist zugleich ein **verändertes Bild des Alters**: Auch wenn der „Sechste Altenbericht der Bundesregierung“ aus dem Jahr 2010 feststellt, dass das Altersbild der beiden christlichen Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände tendenziell eher ein von Mortalität und Morbidität geprägtes ist, wandelt sich dieses nun verstärkt. Das dritte Lebensalter ist geprägt von Selbstverwirklichung, Aktivität, ehrenamtlichem Engagement – und erst in der vierten Altersphase sind die dann Hochaltrigen aufgrund von schwindenden Kräften und verstärkter Krankheit auf (professionelle) Unterstützung angewiesen. Das bedeutet aber auch, dass sich die Kirche und ihre Caritas in ihren Angeboten neu ausrichten müssen – die ehemals pauschal als „die Alten“ bezeichnete Zielgruppe bietet nicht nur große (Freiwilligen-)Potenziale. Sie benötigt auch andere, neue Pflege- und Unterstützungs-Arrangements. Verstärkt wird dieser Trend durch die **zunehmend fließenden Übergänge** bei den Angeboten, beispielsweise von Krankenhaus zu Reha-Einrichtung zu ambulanter Pflege. Bedarfslagen lassen sich nicht genau zuordnen: So benötigen beispielsweise Familien nicht nur eine Erziehungsberatung, weil ihre Kinder Probleme haben. Sie brauchen vielleicht ebenso Unterstützung, weil sie ein weiteres Kind erwarten, aber aus Überschuldungsgründen nicht wissen, wie sie dies Alles stemmen sollen. Hier hat schon jetzt die Allgemeine Lebensberatung der Caritas eine Art Lotsenfunktion für die Nutzer. Zunehmende Bedeutung gewinnt zudem die von der Caritas unterstützte „**Emanzipation der Kunden**“, wie es Nagy nennt: Die Nutzer fordern mehr Rechte und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten hinsichtlich der Ausgestaltung der Angebote – und dies wollen wir als Caritas sicherstellen, beispielsweise durch Projekte wie die Interessensselbstvertretung von pflegenden Angehörigen (IspAn), die Diözesanarbeitsgemeinschaft von Angehörigenvertretungen in Caritas-Einrichtungen der Behindertenhilfe (DACB) oder die Heimbeiräte in den Caritas-Einrichtungen.

Der demographische Wandel hat großen Einfluss auch auf die Art und Weise, wie Menschen künftig leben werden. Es gibt immer mehr ältere und alleinstehende Menschen, und diese wollen häufig möglichst lange selbstständig und selbstbestimmt wohnen. Dieser Trend erfordert neue Formen und Instrumente der individuellen Unterstützung – **technische Innovationen** können dies in Teilen leisten. Die mit dem Begriff „Ambient Assistant Living (AAL)“ bezeichneten Konzepte, Produkte und Dienstleistungen verknüpfen neue Technologien und soziales Umfeld und erleichtern beziehungsweise übernehmen so einen Teil der Alltagsaktivitäten. Zugleich können sie – bis zu einem gewissen Grad – auch (teurere) Heimeinweisungen vermeiden und dem alten Menschen mehr Lebensqualität bringen. Zu diesen „Altersgerechten Assistenzsystemen“ zählt beispielsweise auch der Hausnotruf des Malteser Hilfsdienstes mit seinem engmaschigen Hilfesystem. Aber auch Mobiltelefone mit extra großen Tasten, intelligente Textilien, die beispielsweise die Herzfrequenz oder den Blutdruck messen und bei Abweichung an den Arzt melden, elektronische Haushaltsgeräte, die

sich von selbst ausschalten, oder Roboter, die das Essen anreichen, gehören zu den AAL. Dabei können diese Systeme auch den Arbeitsalltag in sozialen Einrichtungen erleichtern: Intelligente Technik wie Sensor-Matten vor dem Pflegebett entlasten Pflegekräfte, da sie im Notfall den Alarm auslösen – unterdessen können beispielsweise andere (pflegerische) Tätigkeiten erledigt werden. Bei all den technischen Neuerungen und Trends muss allerdings stets darauf geachtet werden, dass die Technik nicht als Instrument zur Kostensenkung die unerlässliche menschliche Beziehungspflege ersetzt.

Fachkräftemangel

Die demographische Entwicklung hat großen Einfluss auch auf den wachsenden Fachkräftemangel in der Altenpflege, aber auch in anderen sozialen Berufen. Immer weniger jungen Menschen stehen eine Vielzahl von alten Menschen gegenüber, die betreut und gepflegt werden müssen, Schulabgänger werden rar – und Nachwuchssorgen haben in absehbarer Zukunft fast alle Branchen. So konkurrieren mittlerweile nicht mehr nur die privatgewerblichen und Liga-Verbände um Bewerber und Fachkräfte, auch Branchen wie das Handwerk oder die Industrie suchen händeringend nach geeignetem Personal. Firmen wie McDonalds, dm oder Alnatura rühren kräftig die Werbetrommel – und hier müssen die Wohlfahrtsverbände aktiv und positiv ihre eigenen Berufsfelder bewerben. Um zukünftig ausreichend Fachpersonal zu gewinnen, hat die Caritas gemeinsam mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen die **Kampagne „Altenpflege – SocialNetworking 3.0“** gestartet. Ziel der Kampagne ist, Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Umschüler, aber auch Männer für den Beruf zu begeistern. Zugleich wird darauf abgezielt, den Beruf attraktiver zu gestalten, indem die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu gehört beispielsweise auch, dass ausländische Abschlüsse anerkannt und angerechnet werden. Oder dass die Kontingentierung von Ausbildungsplätzen in der Altenpflege aufgehoben wird. Personalakquise, das geht aber heute – insbesondere beim Nachwuchs – nicht mehr mittels der klassischen Stellenanzeige in den großen Tageszeitungen oder nur bei Online-Jobsuchmaschinen und Portalen wie Monster, Stepstone, Jobscout oder Jobrobot. Das „Zauberwort“ heißt **Web 2.0**: Die digitalen Medien, angefangen vom Internet-Auftritt mit interaktiven Elementen, über Blogs, Videos, YouTube und Apps bis hin zu sozialen Netzwerken wie Xing, LinkedIn, Facebook, MySpace oder Twitter, spielen eine immer größere Rolle.

Verstärkt müssen wir auch **vorhandene Chancen** in der Akquise nutzen: Wir müssen mit den jungen Menschen ins Gespräch kommen, die in unseren Einrichtungen ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten oder den Bundesfreiwilligendienst absolvieren. Wir müssen mit ihnen über die Chancen und Perspektiven in den sozialen Berufen sprechen und sie beispielsweise für eine Altenpflegeausbildung begeistern. Eine weitere Herausforderung bei der Personalgewinnung ist die **Entlohnung**: Die Attraktivität eines Berufes ist geprägt durch ein interessantes Aufgabengebiet, aber eben auch durch ein halbwegs attraktives Gehalt. Gerade angesichts rückläufiger Finanzierungen, des steigenden Kostendrucks und steigender Konkurrenz durch andere Branchen darf es hier nicht zu einem Lohndumping kommen – auch wenn die Bezahlung nach Tarif für die caritativen Einrichtungen und Dienste mitunter eine wirtschaftliche Herausforderung darstellt.

Das **Kriterium der Kirchlichkeit** erweist sich immer häufiger als problematisch bei der Suche nach geeignetem Fachpersonal in den Einrichtungen und Diensten der Caritas. Unsere Gesellschaft ändert sich rapide: Immer weniger Menschen sind katholisch, andere Religionen wie der Islam gewinnen an Bedeutung, viele Menschen sind zwar religiös, gehören aber keiner Konfession mehr an. Umso schwieriger wird es daher zukünftig werden, Arbeitskräfte zu finden, die nicht nur über eine entsprechende Qualifikation verfügen, sondern auch katholisch sind.

Rückläufige öffentliche Finanzierung

Angesichts der rückläufigen öffentlichen Finanzierung müssen die Wohlfahrtsverbände nach neuen Finanzierungsquellen suchen. Die bereits im Grundgesetz verankerte sowie die zusätzlich vom Land Hessen mittels Volksabstimmung beschlossene **Schuldenbremse** und die schon seit Jahren äußerst angespannte Situation der kommunalen Haushalte stellen die Finanzierung der sozialen Dienstleistungen vor große Herausforderungen. Die Frage nach der **Wirksamkeit von sozialen Angeboten** wird gerade in Zeiten knapper Finanzmittel immer häufiger gestellt. Die Anbieter sozialer Arbeit müssen daher mit Fakten nachweisen, dass sich die Investitionen „lohnen“. Wir müssen uns aktiv dieser Diskussion um Wirksamkeit und Wertschöpfung stellen – und damit stärken wir auch unsere sozialarbeiterische Argumentation.



Die Sozial- und Gesundheitsbranche erbringt eine vielfach höhere Wertschöpfung als beispielsweise die Automobilbranche, das hat eine Studie der Universität Wien ermittelt. Außerdem kosten soziale Angebote nicht nur Geld, sondern sie leisten einen wesentlichen Beitrag für die Volkswirtschaft. Dies zeigt die Studie „Sozialwirtschaft Bayern“ der Evangelischen Hochschule Nürnberg, die diese im Auftrag der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern erstellt hat: Die Hälfte des durch die öffentliche Hand in ein Sozialunternehmen investierten Geldes fließt wieder in den öffentlichen Haushalt zurück. Diese Berechnungen werden mit dem Begriff „Social Return On Investment (SROI)“ bezeichnet.

Die bereits angesprochenen technischen Innovationen (AAL) bieten mit Blick auf die Finanzierungsproblematik zwei Chancen: Zum einen können **Personalressourcen noch gezielter eingesetzt** werden, da die Technik den Arbeitsablauf im Hintergrund unterstützt, beispielsweise in der Pflege. Zum anderen handelt es sich bei diesen Entwicklungen um einen immensen **Markt**, der auch für die Caritas Potenziale bietet: So hat das Bundesministerium für Forschung und Bildung mit alleine 45 Millionen Euro 18 Projekte gefördert, die mittels Technologie das Leben im Alter erleichtern. Wir haben als Caritas das Praxis-Know-how, welche technische Unterstützung Menschen in den verschiedenen Lebenssituationen benötigen. Dieses Wissen sollten wir nutzen und uns als Partner für die Industrie, für den VDE (Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.) ins Gespräch bringen – auch im Interesse derjenigen, die unsere Angebote in den Einrichtungen nutzen.

Raueres soziales Klima

Sorge bereitet uns das sich stetig verschärfende soziale Klima, das unter anderem seinen Ausdruck findet in unwürdigen Diskussionen und dem Geschacher zur **Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze**. Zunehmend wird bei der Finanzierung von bestimmten Personengruppen und sozialen Angeboten danach gefragt, **welche Investitionen sich lohnen** – weshalb es für uns als Caritas unerlässlich ist, uns der bereits genannten Frage nach der Wirksamkeit intensiv zu widmen. Unabhängig davon müssen wir uns vehement dagegen wehren, dass Menschen nur noch an ihrer volkswirtschaftlichen Produktivitätsquote gemessen werden: Wir müssen uns angesichts der **zunehmenden Verteilungskämpfe** für diejenigen einsetzen, die durchs Raster fallen, wie Obdachlose oder psychisch Kranke. Dafür sind wir als Kirche in der Nachfolge Christi verpflichtet.

Diese Herausforderungen der Zukunft wie auch die aktuellen Aufgaben zu meistern, dafür braucht es engagierte Menschen. Wir danken daher unseren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Caritasverband für die Diözese Limburg e.V., aber auch in den Orts- und Bezirks Caritasverbänden und Fachverbänden für ihren unermüdlichen Einsatz im vergangenen Jahr.

Ohne ideale wie auch finanzielle Unterstützung durch Spenden, Zustiftungen oder Zuschüsse könnten wir unsere caritative Arbeit für die Ratsuchenden und Hilfebedürftigen nicht leisten. Unser Dank gilt daher auch unserem Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst und der Bistumsleitung, den kirchlichen Partnern, den hessischen und rheinland-pfälzischen Kooperationspartnern in Politik, Verwaltung und in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, unseren Geschäftspartnern und allen, die unsere Arbeit wohlwollend oder mit Spenden und Stiftungsmitteln fördern.

Der vorliegende Jahresbericht zeigt exemplarisch einige der Themen und Herausforderungen an unsere Arbeit im vergangenen Jahr. Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen sowie interessante Einblicke in unsere Arbeit.

Es grüßen Sie herzlich



Ordinariatsrat Pfarrer
Michael Metzler
Vorstandsvorsitzender



Dr. Hejo Manderscheid
Diözesancaritasdirektor



Pfarrer Kurt Geil



Gisela Lühn



Heinz Reusch



»**Wenn zu anderen Zeiten** trotz der allgemeinen Anerkennung der Erfordernisse der Menschenwürde eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Religion oder des gesellschaftlichen Standes geübt wurde, so gibt es heute eine nicht weniger schwerwiegende und ungerechte Diskriminierung, die dazu führt, dass man den ethischen und rechtlichen Status von Menschen, die mit schweren Pathologien oder Behinderungen behaftet sind, nicht anerkennt. So vergisst man, dass kranke und behinderte Personen nicht eine Art Sonderkategorie bilden, weil Krankheit und Behinderung zum Menschsein gehören und alle persönlich angehen [...].«

Kongregation für die Glaubenslehre (»Instruktion DIGNITAS PERSONAE über einige Fragen der Bioethik« 2008)

Ausgewählte Mega-Trends als Herausforderung für die Caritas im Bistum Limburg

Mega-Trend 1: Profil zeigen

Die stetig wachsenden sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen haben Auswirkungen auch auf das Selbstverständnis und das Profil von Institutionen, Organisationen und Verbänden. Gerade die Wohlfahrtsverbände sehen sich konfrontiert mit neuen Erwartungen an ihre Rolle, die Politik, Kostenträger und Bürger an sie stellen. Sollen wir als Caritas Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) anbieten, um so Arbeitslosen in dieser Tätigkeit Qualifizierungsmöglichkeiten und damit Perspektiven zu geben? Oder verfestigen wir damit ein System, das vielleicht moralisch grenzwertig ist? Derartige Fragen zeigen, wie wichtig eine beständige Selbstvergewisserung über die eigenen ethischen Werte ist. Zugleich erfordern sie, die eigene Identität als Wohlfahrtsverband zu stärken und das Profil als Caritas der Kirche zu schärfen:

Caritas leistet einen nicht unerheblichen Beitrag dazu, dass Kirche in der Öffentlichkeit ein Gesicht bekommt und Profil zeigt. Sie setzt sich für die „Armen und Schwachen“ ein und gibt ihnen eine Stimme in der Gesellschaft. Solidarität, Teilhabe und Gerechtigkeit sind Leitlinien für kirchliches, caritatives Handeln, für die „Liebestätigkeit“, wie dies Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika „Deus caritas est“ nennt. Caritas ist neben Verkündigung, Liturgie und Gemeinschaft Grundfunktion von Kirche – als solche muss sie demnach auch in den neu entstehenden pastoralen Strukturen im Bistum Limburg verankert sein. Damit sie nach außen wie nach innen Profil zeigt.

„Tag der Caritas“ 2010

Im Jahr 2010 befasste sich der „Tag der Caritas“ mit den Potenzialen von alten Menschen, aber auch mit den Problemen des Alterns. Damit griff der Caritasverband für die Diözese Limburg e.V.¹ das Jahresthema des Deutschen Caritasverbandes² auf, das unter dem Motto „Experten fürs Leben“ stand. Der Vortrag des Referenten Prof. Dr. Peter Gross trug den Titel „Experten fürs Leben – Eine provokante Sicht auf alte Menschen“. Gross, emeritierter Professor der Universität St. Gallen und Autor des Buches „Glücksfall Alter – Alte Menschen sind gefährlich, weil sie keine Angst vor der Zukunft haben“, ging dabei auf die Vielfalt des Alters und der Themen ein – angefangen vom angemessenen Umgang der Generationen miteinander, über ökonomische Herausforderungen bis hin zu den Fragen nach Kosten und Nutzen von alten Menschen.



Prof. Dr. Peter Gross skizzierte seine Sicht auf alte Menschen.

Der „Tag der Caritas“ am 15. September 2011 wird sich mit der Frage der Wirksamkeit und der Messmethode „SROI – Social Return On Investment“ befassen; der Hauptredner ist Prof. Dr. Michael Meyer von der Wirtschaftsuniversität Wien.



In seiner konstituierenden Sitzung im Februar 2011 wählte der im Januar von der Vertreterversammlung des Diözesancaritasverbandes neu gewählte Caritasrat als seine Vorsitzende Beatrix Schlausch (4. von links) sowie als Stellvertreter Paul Arens (3. von links). Überdies wählten die Caritasratsmitglieder die Mitglieder für den Vorstand: den Vorsitzenden OR Pfarrer Michael Metzler (rechts), Gisela Lühn und Heinz Reusch (3. und 4. von rechts) sowie Pfarrer Kurt Geil (2. von links). Als Diözesancaritasdirektor ist Dr. Hejo Manderscheid (2. von rechts) geborenes Mitglied im Vorstand, Finanzdirektor Hans Jörg Millies (links) ist ständiger Gast.

¹ Im Folgenden: DiCV Limburg

² Im Folgenden: DCV

Caritas-Forum: Einladung zum Dialog

Mit den Caritas-Foren bietet der DiCV Limburg in Zusammenarbeit mit den örtlichen Caritasverbänden eine Kommunikationsplattform, bei der sich die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter³ in der Caritas sowie die Vertreter der Verbandsorgane im Anschluss an einen Impulsvortrag austauschen und miteinander ins Gespräch kommen können.



Reimer Gronemeyer referierte beim Caritas-Forum in Bad Homburg über ein spannendes Thema.

In Kooperation mit dem Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V. fand im Juni 2010 ein Caritas-Forum statt zum Thema „Zwischen der Kunst des Sterbens und qualitätskontrolliertem Sterben“. Reimer Gronemeyer, emeritierter Professor für Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen, referierte über den häufig mit Tabus behafteten Umgang der Gesellschaft mit Sterben und Tod. Gronemeyer, Kenner und Wegbegleiter der Hospizbewegung in Deutschland, betonte in seinem Vortrag insbesondere die große Bedeutung der ehrenamtlichen Hospizbewegung. Diese, hauptsächlich von Frauen getragene, starke soziale Initiative wurde gegründet, um eine Antwort auf die moderne Ratlosigkeit im Umgang mit dem Lebensende zu geben. Der Hospizbewegung sei es zu verdanken, dass Sterben wieder zu Hause möglich ist, und nicht, wie in den 1970er Jahren, in Badezimmern und Abstellkammern von Krankenhäusern.

Im November 2010 referierte Dr. Bernhard Vogel, ehemaliger Ministerpräsident von Thüringen und Rheinland-Pfalz sowie Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, beim Caritas-Forum in Wetzlar zum Thema „(K)ristlich und (ch)onservativ – Sozialethische Orientierung in Zeiten politischer Profillosigkeit“.



Dr. Bernhard Vogel (2. von links) freute sich über die Einladung von Diözesancaritasdirektor Dr. Hejo Manderscheid, Heinrich Arndt (Geschäftsführer des Caritasverbandes Wetzlar/Lahn-Dill-Eder) und Wolfgang Schreier (Vorstandsmitglied Wetzlar) (von rechts).

Dieses wurde in Kooperation mit dem Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V. veranstaltet. Vogel ging in seinem Vortrag auf die Entwicklung der Sozialstaatsidee in der Bundesrepublik Deutschland ein. Er verwies dabei auf viele Entwicklungsschritte, die er in seinem politischen Wirken in den verschiedenen Funktionen mitgestaltete. Vogel hob dabei die Bedeutung der Katholischen Soziallehre hervor, die bis heute Orientierung und Maßstab für das politische Handeln ist. Bei der anschließenden, kontrovers geführten Diskussion ging es um die Frage, welchen Umfang staatliche Sozialleistungen haben sollen, und wie der bundesdeutsche Sozialstaat künftig ausgestaltet sein soll.

Im Juni 2011 findet in Kooperation mit dem Caritasverband Main-Taunus e.V. ein Caritas-Forum in Hofheim statt: „Die Abwertung des Anderen: Was macht menschenfeindlich? Was schützt vor Menschenfeindlichkeit?“ Dr. Beate Küpper von der Universität Bielefeld wird in ihrem Vortrag die neuesten Ergebnisse ihres Forschungsprojektes vorstellen, das sich national wie europaweit mit „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ beschäftigt: Andere Personen werden aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und werden abgewertet und ausgegrenzt.

Ansprechpartner:

Torsten Gunnemann

Geschäftsbereichsleiter Gemeindec Caritas und Bildung

Fon: 06431.997.116

torsten.gunnemann@dicv-limburg.de

³ In Veröffentlichungen des DiCV Limburg wird aus Gründen des Leseflusses in der Regel die männliche Form verwendet. Damit sind grundsätzlich weibliche und männliche Personen gemeint.

10 Jahre Erfolg für Refugium Hofheim

Das Refugium für Mitarbeitende in Caritas und Pastoral, das im Hofheimer Exerzitienhaus seinen Sitz hat, verzeichnet einen enormen Anstieg an Veranstaltungstagen und Teilnehmern. Um der erhöhten Nachfrage nachkommen zu können, haben der Vorstand und der Caritasrat des DiCV Limburg beschlossen, das Refugium-Team um eine Stelle aufzustocken: 2010 wurde das Seelsorgeteam von Caritaspfarrer Ludwig Reichert durch Schwester Anneliese Heine und Astrid Alt erweitert.



Caritaspfarrer Ludwig Reichert mit Astrid Alt und Schwester Anneliese Heine (von links).

Dies finanziert der DiCV Limburg auf zwei Jahre befristet mit 60 Prozent (bis zu 57.000 Euro pro Jahr) aus Rücklagen, 40 Prozent trägt das Bischöfliche Ordinariat (ebenfalls auf zwei Jahre befristet). In 2010 konnten die Veranstaltungstage von 35 Tagen auf 45 Tage gesteigert werden. Die Teilnehmerzahl wurde von 443 auf 946 Teilnehmende mehr als verdoppelt. Zahlreiche Einrichtungen und Dienste der Caritas nutzen insbesondere das Angebot von Oasentagen im Hofheimer Exerzitienhaus. Das Team des Refugiums bietet aber auch die Möglichkeit, vor Ort Veranstaltungen anzubieten.

Ansprechpartner:

Caritas-Pfarrer Ludwig Reichert
Leiter des Refugiums
Fon: 06192.206.300
info@refugium.de

Caritas-Wallfahrt am 6. September 2011 nach Hofheim

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Refugiums in Hofheim veranstaltet der DiCV Limburg am 6. September 2011 eine Wallfahrt nach Hofheim. Eingeladen sind alle haupt- und ehrenamtlich Tätigen in den caritativen Einrichtungen, Diensten und den Pfarrgemeinden des Bistums. Treffpunkt ist um 16 Uhr an der Bergkapelle oberhalb des Refugiums. Gemeinsam mit Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst gehen alle Wallfahrer den Weg von der Bergkapelle zum Vinzenzhaus, einer heilpädagogischen Einrichtung des Caritasverbandes Frankfurt e.V. und zugleich Geschäftsstelle des Caritasverbandes für den Bezirk Main-Taunus e.V. Dort wird Bischof Tebartz-van Elst eine Eucharistiefeier halten. Anschließend sind alle Teilnehmer zu einem Imbiss eingeladen.

Ansprechpartner:

Torsten Gunnemann
Geschäftsbereichsleiter Gemeindec Caritas und Bildung
Fon: 06431.997.116
torsten.gunnemann@dicv-limburg.de

Q-iTa II: Wertorientierte Qualität

Insgesamt 167 Kindertageseinrichtungen im Bistum Limburg haben mit „Q-iTa für Kinder“ (Qualitätsmanagement in Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Limburg) ein wertorientiertes Qualitätsmanagement-System (QM-System) aufgebaut. Startschuss für diesen Prozess war 2005/2006, Anfang 2009 konnte der Aufbau des QM-Systems in den Einrichtungen erfolgreich abgeschlossen werden.



Seit Anfang 2010 gibt es für weitere 41 Einrichtungen eine zweite Auflage des Projektes „Q-iTa für Kinder“ mit einigen Veränderungen im Vergleich zum ersten QM-Projekt. Damit haben sich fast alle Kindertageseinrichtungen (Kitas) im Bistum auf den Weg gemacht, um ein wertorientiertes QM-System einzuführen. Das Projekt realisieren das Bischöfliche Ordinariat, der DiCV



Kinder der teilnehmenden Kitas beteiligten sich an der Gestaltung des Festgottesdienstes zum Projektabschluss im Juni 2009 im Limburger Dom.

Limburg und der Caritasverband Frankfurt weitgehend in Eigenregie ohne externe Unterstützung.

Das Konzept wurde aufgrund der Erfahrungen aus dem ersten Durchlauf in mehrerer Hinsicht weiterentwickelt: Dazu gehört insbesondere, dass weitere Personenkreise in das Projekt miteinbezogen werden. Um die Umsetzung in den Kitas zu unterstützen, wurden zu Projektbeginn 168 pädagogische Mitarbeiterinnen in Grundlagen des Qualitätsmanagements und des KTK-Gütesiegels qualifiziert. Darüber hinaus ist während der gesamten Projektlaufzeit eine intensive Einbeziehung der Kindergartenbeauftragten vorgesehen, die zusammen mit den Einrichtungsleitungen die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Einführung des QM-Systems vor Ort sicherstellen.

In Q-iTa für Kinder II werden zudem Pastoralreferenten und Gemeindeferenten als Moderatoren in die Leitbilderstellung einbezogen. Auch in der weiteren Entwicklung des Systems werden sie die Kitas unterstützen. Die Ausrichtung der Arbeit in der Kita an einem gemeinsam erarbeiteten Leitbild verschafft Handlungssicherheit und hilft, das katholische Profil der Kindertageseinrichtungen weiterzuentwickeln. Die Einbindung der Pastoralreferenten und Gemeindeferenten in das Projekt ermöglicht, Pastorkonzept und Konzept der Kindertageseinrichtung zu verbinden, und eröffnet überdies weitere Optionen für die Zusammenarbeit in der Gemeinde.

Ansprechpartner:

Dr. Barbara Blattert

Referentin Fortbildung und Organisationsentwicklung

Fon: 06431.997.109

barbara.blattert@dicv-limburg.de

„Arbeitsgemeinschaft Caritas der Gemeinde“: Neuer Vorstand

Die „Arbeitsgemeinschaft Caritas der Gemeinde“ im Bistum Limburg ist der Zusammenschluss von freiwillig und ehrenamtlich sozial-caritativ tätigen Frauen und Männern in den Pfarrgemeinden und Einrichtungen sowie Diensten der Caritas, die sich in Ausschüssen, Konferenzen, sozialen Initiativen und Gruppen zusammenschließen. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich für Menschen in Not und die Interessen der Caritas-Ehrenamtlichen im Bistum Limburg ein. Sie will damit einen Beitrag zur Solidarität der Kirche von Limburg im Geist des Evangeliums leisten. In 2010 fanden im Frühjahr und im Herbst die Konferenzen der Arbeitsgemeinschaft auf Bistumsebene statt. Dort trafen sich die Vertreter aus den Bezirken, um über die caritative Arbeit vor Ort zu beraten und sich über die neuesten Entwicklungen im caritativen Ehrenamt auszutauschen.

Auf der Herbstkonferenz standen die anstehenden Wahlen zum Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft Caritas der Gemeinde“ im Vordergrund. Das langjährige Vorstandsmitglied Maria Boecker und die Sprecherin der



Für über 20 Jahre ehrenamtliches Engagement wurden Maria Boecker (2. von links) und Lydia Kapol (2. von rechts) bei der Herbstkonferenz der „Arbeitsgemeinschaft Caritas der Gemeinde“ am 19. November 2010 in Limburg mit dem Elisabeth-Kreuz geehrt, der höchsten Auszeichnung der CKD (Caritas-Konferenzen Deutschlands). Über die hohe Auszeichnung freuen sich auch Torsten Gunnemann (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, links), Ingeborg Roth (Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Caritas der Gemeinde, Mitte) und OR Pfarrer Michael Metzler (Vorstandsvorsitzender des Diözesancaritasverbandes Limburg, rechts).

Arbeitsgemeinschaft im Bezirk Wetzlar, Lydia Kapol, wurden anlässlich ihres Ausscheidens für ihr unermüdliches Engagement in der Arbeitsgemeinschaft mit dem Elisabeth-Kreuz geehrt. Zum ersten Mal wurde diese hohe Auszeichnung der Caritas-Konferenzen Deutschlands e.V. (CKD) im Bistum Limburg verliehen. In den Vorstand gewählt wurden Ursula Grobien, Christina Kupper sowie Ingeborg Roth, die bereits zuvor diesem Gremium angehört hat. Damit ist der Vorstand seit zwei Jahren erstmals wieder vollständig besetzt.

Nicht nur der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft hat sich im Berichtsjahr neu zusammengesetzt. Erfreulicherweise wurden im Jahr 2011 auch in vielen Bezirken die Sprecher für die Bistumsebene neu gewählt.

Der angestoßene Entwicklungsprozess zu einem Netzwerk der Ehrenamtlichen in der Caritas soll 2011 fortgesetzt werden. Es geht darum, die Rollen der Sprecher zu diskutieren und ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln. Das auf Bistumsebene entstehende Netzwerk bleibt Mitglied in den „Caritas-Konferenzen Deutschlands e.V. – dem Netzwerk von Ehrenamtlichen“. Die Ehrenamtlichen aus Pfarreien, Diensten und Einrichtungen sollen so gestärkt werden und noch stärker kooperieren.

Durch die Umstrukturierung der Arbeitsgemeinschaft zu einem Netzwerk passt sich diese den Entwicklungen in den pastoralen Räumen an. Mittelfristig werden die Pastoralen Räume sich wandeln zu den neuen Pfarreien im Bistum Limburg. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter stellen dabei die Nähe vor Ort sicher. Um dies zu erreichen, sollen daher die örtlichen Caritasausschüsse gestärkt werden.

Ansprechpartner:

Torsten Gunnemann

Geschäftsbereichsleiter Gemeindec Caritas und Bildung

Fon: 06431.997.116

torsten.gunnemann@dicv-limburg.de

„Bereitschaft zur Bewegung“: Caritas Triebfeder für Engagement

Im Januar 2011 endete der dreijährige Bistumsprozess „Bereitschaft zur Bewegung“ mit einem Abschlussfest, das Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst mit den Teilnehmern aus den sechs Piloträumen feierte. Im gemeinsamen Gottesdienst zu Beginn im Dom dankte Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst allen Kundschaftern aus den Piloträumen für die geleistete Arbeit. Die Ergebnisse aus den Pilotprojekten wurden am Nachmittag im Priesterseminar vorgestellt.



„Wir brauchen Menschen mit
Bereitschaft zu dieser Bewegung:
Mit Berufung zur Tiefe –
mit dem Blick nach vorn.“
Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst

Bereitschaft zur Bewegung

www.bereitschaftzurbewegung.bistumlimburg.de

In den Piloträumen Bad Camberg, Dillenburg, Frankfurt, Wetzlar-Süd und Wiesbaden gab es Erkundungen im Themenfeld Caritas. Dabei wurden unterschiedlichste caritative Projekte durchgeführt. Die Caritasverbände mit ihren Fachdiensten Gemeindec Caritas erwiesen sich immer als starke Partner der Piloträume vor Ort. Die Auswertung des Prozesses verdeutlichte, dass es nur in den caritativen Projekten gelungen ist, neue Menschen für ein caritatives Engagement in der Kirche zu gewinnen. Das Themenfeld Caritas soll auch nach Abschluss des Prozesses „Bereitschaft zur Bewegung“ ein bedeutendes Thema in der zukünftigen pastoralen Entwicklung im Bistum Limburg sein. Die Herausforderung wird dabei auch zukünftig sein, die Caritas in den neu entstehenden pastoralen Strukturen im Bistum Limburg zu verankern, in der Kooperation der Kirchengemeinden mit den örtlichen Caritasverbänden sowie zwischen Bischöflichem Ordinariat und DiCV Limburg. Hier gilt es perspektivisch, exemplarisch gemeinsame Projekte durchzuführen, um weitere Erfahrungen für die Zusammenarbeit zu sammeln.

Ansprechpartner:

Torsten Gunnemann

Geschäftsbereichsleiter Gemeindec Caritas und Bildung

Fon: 06431.997.116

torsten.gunnemann@dicv-limburg.de

Mega-Trend 2: Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen

Der „mündige Bürger“, der seine Rechte kennt und seine Forderungen formuliert, Betroffene und ihre Angehörige, die sich informieren und für ihre Belange einsetzen – diese Entwicklung kennzeichnet die bundesdeutsche Gesellschaft. Teilhabe und Selbstbestimmung – diese zwei Schlagworte prägen zunehmend auch die soziale Arbeit. Die Nutzer der sozialen, caritativen Angebote, egal ob in stationären Einrichtungen oder in den sozialen Diensten, fordern immer häufiger Mitwirkungsrechte ein, was die Ausgestaltung der Angebote betrifft. Das Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung, auf Unversehrtheit, das ist ein hohes Gut, das nicht nur für Menschen mit Behinderungen und für alte Menschen gilt, sondern auch für Kinder und Jugendliche. Sie zu stärken und sich für sie einzusetzen, ist auch Aufgabe der Caritas.

Caritas-Jahresthema „Kein Mensch ist perfekt“ beim Jahresempfang der Hessen-Caritas

Rund 300 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Kirchen und Caritas trafen sich am 1. März 2011 zum Jahresempfang der Hessen-Caritas im Roncallihaus in Wiesbaden. Damit stieß der zweite Empfang der Hessen-Caritas in der Landeshauptstadt auf eine noch größere Resonanz als die erste Veranstaltung dieser Art im Vorjahr.

Thematischer Mittelpunkt der Veranstaltung war die Jahreskampagne des Deutschen Caritasverbandes „Kein Mensch ist perfekt – Behinderte Menschen wie Du und ich“, die der Präsident des DCV, Prälat Dr. Peter Neher, vorstellte.

Die Kampagne ist Bestandteil der dreijährigen Teilhabe-Initiative des DCV und stellt in diesem Jahr Menschen mit



Die drei Vorstände der Hessen-Caritas empfangen die Gäste beim Jahresempfang: Diözesancaritasdirektor Dr. Hejo Manderscheid, Thomas Domnick (Diözesancaritasdirektor Mainz) und Dr. Markus Juch (Diözesancaritasdirektor Fulda) (von rechts).

Die Motive der Caritas-Jahreskampagne 2011.

Ich hasse meine große Nase.

Behinderte Menschen:
Menschen wie Du und Ich
www.kein-Mensch-ist-perfekt.de

Caritas
Not sehen und handeln.

Ich hätte lieber blonde Haare.

Behinderte Menschen:
Menschen wie Du und Ich
www.kein-Mensch-ist-perfekt.de

Caritas

Ich mag keine Volksmusik.

Behinderte Menschen:
Menschen wie Du und Ich
www.kein-Mensch-ist-perfekt.de

Caritas



Applaus für das Grußwort von Karl Kardinal Lehmann (3. von rechts) gab es von Prälät Dr. Peter Neher, Ministerpräsident Volker Bouffier, Diözesancaritasdirektor Dr. Hejo Manderscheid und Sozialminister Stefan Grüttner (vorne, von links).



Der Jahresempfang bot auch Gelegenheit zum Gespräch.

Behinderungen, ihre Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben sowie ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Gesellschaft in den Mittelpunkt.

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen sollte bereits beim Ausbau der frühkindlichen Betreuung berücksichtigt werden, so Neher in seiner Ansprache. Die bundesweit rund 15.000 Kinder mit Behinderungen sollten von vornherein einbezogen werden, wenn bis 2013 für 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz bereit gestellt werden soll. Ein Sondersystem sollte von Anfang an vermieden werden. Der Präsident des DCV warb darum, die Förderung, Bildung und Erziehung von Kindern mit Behinderungen in den Kindertagesstätten und Schulen auszubauen; zudem empfahl er, den Rechtsanspruch auf inklusive Schulbildung in den Schulgesetzen der Länder festzuschreiben. Er betonte hier seine Erwartung, dass sich die katholischen Träger von Förder- und Regelschulen an der Entwicklung hin zu inklusiven Schulen beteiligen.

Der Bischof von Mainz, Karl Kardinal Lehmann, reflektierte in seinem Grußwort kritisch das vorherrschende Idealbild des leistungsfähigen, gesunden Menschen und unterstrich die Bedeutung der christlichen Botschaft für das Zusammenleben: „Der biblische Gott sagt Ja zu jedem Menschen. Dieser ist auch als Behinderter ein letzter

Zweck in sich selbst und darf nicht nur nach der Übernahme gesellschaftlicher Rollen und einem dazugehörigen Effektivitätsdenken beurteilt werden.“ Teilhabe am Leben sei kein Gnadenerweis, sondern Ausdruck der biblischen Botschaft, dass Einer des Anderen Last trage.

Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier würdigte die „gelebte Solidarität“ der Caritas und betonte die große Herausforderung auch für das Land Hessen, Sozialpolitik in einer sich verändernden Welt und sich ändernder gesellschaftlicher Werte zu gestalten.

Hessens Sozialminister Stefan Grüttner betonte, dass die Hessen-Caritas bei der Ausgestaltung der Behindertenpolitik und des Integrationsplans des Landes Hessen ein wichtiger Partner in der gemeinsamen Auseinandersetzung um die „richtigen Wege“ ist.

Selbstbestimmte Teilhabe ist das zentrale Thema der Caritas-Initiative 2009 bis 2011. Viele Gliederungen und Verbände, Einrichtungen und Dienste, Hauptberufliche und Ehrenamtliche der Caritas bemühen sich derzeit, diese Dimension in ihrer konkreten Arbeit umzusetzen. Mit der Teilhabe-Initiative will der DCV dazu beitragen, dass alle Menschen gleichberechtigt die Chance haben, ihr eigenes Leben zu gestalten. Selbstbestimmte Teilhabe

bedeutet, dass jeder Mensch das Recht hat, an den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prozessen einer Gesellschaft teilzunehmen, diese mitzugestalten und mitzubestimmen.

Die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung darf allerdings nicht alleine den Wohlfahrtsverbänden sowie den Betroffenen und deren Familien aufgebürdet werden. Die Caritas sieht sowohl die eigene Kirche, die Politik, Medien und Wissenschaften in einer besonderen Verantwortung, Anstöße und Ideen für gelingende Teilhabe zu entwickeln. Sie sieht sich auch in der Pflicht, ihre eigene Arbeit daraufhin zu überprüfen, ob sie alle Potenziale nutzt, um Inklusion zu fördern. Die Dimension der Selbstverpflichtung ist somit auch Teil der Kampagne.

Informationen zum Jahresthema:
www.kein-mensch-ist-perfekt.de

Ansprechpartner:

Angelika Kennel

Geschäftsbereichsleiterin Soziale Dienste und Einrichtungen
 Fon: 06431.997.170
angelika.kennel@dicv-limburg.de

Dr. Elke Groß

Abteilungsleiterin Alten-, Gesundheits- und Behindertenhilfe
 Fon: 06431.997.183
elke.gross@dicv-limburg.de

Frühe Hilfen in der Caritas

„Frühe Hilfen“, so definiert es das 2007 gegründete Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH), sind präventiv ausgerichtete Unterstützungs- und Hilfeangebote, die früh – das meint bereits deutlich vor der eigentlichen Kindeswohlgefährdung – ansetzen. Sie haben präventive Orientierung und wollen riskanten Entwicklungen entgegenwirken. Im Mittelpunkt steht dabei die frühe Förderung und Stärkung der Beziehungs-, Erziehungs- und Bindungskompetenz von werdenden und jungen Eltern. Die jeweiligen Angebote sollen besser als bisher abgestimmt, Kooperation und Vernetzung initiiert werden.

Analog zu den Aktivitäten auf Bundesebene beziehen sich die Tätigkeiten auf Länderebene derzeit auf die Etablierung von Vernetzungsstrukturen und Modellprojekten. In ihrem Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 hat die hessische Landesregierung festgelegt, „das flächendeckende Frühwarnsystem gegen Kindesmissbrauch und Verwahrlosung weiter auszubauen.“ Die Modellregionen des hessischen Präventionsprojektes „Keiner fällt durchs Netz“ sollen erweitert werden. In Rheinland-Pfalz wurden, entsprechend dem Landeskinderschutzgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit vom August 2008, den örtlichen Jugendämtern die Bildung lokaler Netzwerke übertragen.

Der DCV hat sich mit dem Projekt „Frühe Hilfen in der Caritas“ die Aufgabe gestellt, den Auf- und Ausbau von Hilfen für Familien mit Kindern unter drei Jahren nach-

haltig in bundesweit vernetzten Strukturen zu fördern. Zugleich erfordert die dynamische Entwicklung in diesem Bereich zunehmend eine Standortbestimmung der einzelnen Fachbereiche. Die katholische Schwangerschaftsberatung befindet sich in einem intensiven Diskurs über ihren Beitrag zur Entwicklung der Frühen Hilfen.

Am 1. April 2010 startete das dreijährige Projekt des DCV „Frühe Hilfen in der Caritas“. In der Diözese Limburg



haben sich fünf regionale Verbände dem Projekt angeschlossen: der Caritasverband für den Bezirk Limburg e.V., der Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V., der Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V., der Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V. sowie der Sozialdienst katholischer Frauen Wiesbaden e.V. Die Projektorganisation liegt beim DiCV Limburg.

Ansprechpartner:

Sabine Dill-Arthen

Referat Familienhilfe

Fon: 06431.997 176

sabine.dill-arthen@dicv-limburg.de

Nina Baldelli

Referentin Frühe Hilfen

Fon: 06431.997.186

nina.baldelli@dicv-limburg.de

Steigende Nachfrage nach Qualifizierung

In den sozialen und pflegerischen Bereichen werden die Fortbildungsbedarfe zu großen Teilen durch externe Anforderungen oder durch fachliche und bistumsspezifische Standards bestimmt. Beispiele dafür aus dem Bereich Gesundheit und Pflege sind das Gesetz zur Pflege-Transparenz sowie Nationale Expertenstandards zu pflegerischen Risikobereichen. So werden beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe Standards für die Aufnahme von Kindern unter 3 Jahren in katholischen Kitas vorgegeben; dabei ist unter anderem der Nachweis über entsprechende Fortbildungsveranstaltungen für einzelne Mitarbeiter sowie das gesamte Team eine Bedingung für die Zustimmung des Bistums.

Neue oder komplexer werdende Aufgabenbereiche erfordern sehr differenzierte Qualifizierungsmaßnahmen (beispielsweise Qualitätsmanagement, Leitung und Sprachförderung), um den wachsenden Anforderungen zu entsprechen. Das hat eine dauerhafte Konzeptentwicklung der Fortbildungskurse zur Folge. Gleichzeitig sind auch Nach- oder Ergänzungsqualifizierungen erforderlich für Mitarbeitende, deren Qualifikation nicht mehr dem aktuellen Stand entspricht.

Auf wachsende Nachfrage stoßen Maßnahmen, die auf anerkannte Abschlüsse abzielen, beispielsweise Kurse für Praxisanleitungen oder Stationsleitungen.

Im Bereich Gesundheit und Pflege wird das Angebot zunehmend durch Bedarfe von Großkunden bestimmt, wie



zum Beispiel der Caritas Altenwohn- und Pflegegesellschaft mbH in Wiesbaden oder dem Caritasverband Frankfurt.

Insgesamt 560 Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe wurden 2010 zur „Umsetzung des Schutzauftrages“ in 37 Veranstaltungen geschult. Hintergrund ist, dass sich die Einrichtungsträger in Vereinbarungen mit den Kreisen verpflichtet haben, ihre Mitarbeiter zu diesem Thema zu qualifizieren. Das Thema wird weiterhin Bestandteil des Fortbildungsprogramms bleiben, da zukünftig auch neue Mitarbeiter nachzuschulen sind.

Ein wichtiges Thema im Kontext von Fort- und Weiterbildungen sind deren Finanzierungsmöglichkeiten. Die Fortbildungsbereitschaft ist beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe sehr hoch, die Budgets sind dagegen begrenzt. Die Einrichtungen sind daher auf kostengünstige Angebote angewiesen, wenn sie sich für die aktuellen fachlichen Anforderungen wappnen wollen. Zunehmende Bedeutung hat hier die Akquise von Fördermitteln, wie Landes- und EU-Mittel oder maßnahmegebundene Mittel, beispielsweise für die Fortbildung von Sprachförderkräften und die Umsetzung der Bildungspläne.

Ansprechpartner:

Bernhard Schnabel

Abteilungsleiter Bildung und Entwicklung

Fon: 06431.997.430

bernhard.schnabel@dicv-limburg.de

Radegundis Glenzer

Referentin Fortbildung und Organisationsentwicklung

Fon: 06431.997.200

radegundis.glenzer@dicv-limburg.de

Kinderrechte: Lernen aus der Geschichte der Heimerziehung

Es gibt Vieles, was die Kinder- und Jugendhilfe, aber auch die Gesellschaft aus dem Abschlussbericht des „Runden Tisch: Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ lernen können. Auch wenn nicht alle Ergebnisse des „Runden Tisch“ auf ungeteilte Zustimmung stoßen, so besteht fachpolitisch ein breiter Konsens hinsichtlich der Forderung der ehemaligen Heimkinder, unabhängige Ombudsstellen oder „unabhängige Beschwerdeinstanzen“ für Kinder und Jugendliche einzurichten. Die Geschichte der Heimerziehung lehrt, dass die Förderung von Teilnehmungsformen sowie unabhängige Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe einen Beitrag leisten können, um Kinder- und Jugendrechte zu gewährleisten und Missbrauch zu vermeiden.

Die Rechte junger Menschen ernst zu nehmen heißt, sich an der UN-Kinderrechtskonvention von 1989, am Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) von 1991 sowie an den Leitlinien des DCV zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention vom November 2009 zu orientieren. Auf die berechnete Frage, ob diese Orientierung nicht selbstverständlich ist, kann die Praxis mit „leider nicht (immer)“ antworten: So werden beispielsweise Kinder und Jugendliche nicht selten unzureichend bei Entscheidungen über eine Heimunterbringung informiert und beteiligt (Wunsch und Wahlrecht). Oder die Erwachsenen beraten im gesetzlich vorgeschriebenen Hilfeplanverfahren – während die Kinder nicht altersgemäß einbezogen werden. Oder es werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bereits im Alter von 16 Jahren so behandelt, als wären sie schon volljährig. Gibt es ein Problem im Heim oder in der Betreuung, fehlen oftmals unabhängige Vertrauenspersonen, die mit den Kindern und Jugendlichen nach Lösungen suchen.

Mit dem Projekt „Netzwerk: Recht bekommen“ sind Caritas und Diakonie einen ersten Schritt zur Verbesserung der Rechte von jungen Menschen in den katholischen und evangelischen Einrichtungen für Erziehungshilfe gegangen. Das Projekt steht jetzt auf dem Prüfstand: Wie kann der nächste Schritt aussehen? Welche Organisationsform, welche Unterstützung braucht ein solches Pro-



jekt, und wer kann finanzielle Mittel dazu beisteuern? Die Antworten auf diese Fragen werden darüber entscheiden, ob Caritas und Diakonie eine Ombudsstelle für alle Kinder und Jugendlichen in Hessen einrichten werden.

Kinder- und Jugendrechte realisieren sich jedoch nicht nur durch eine Ombudsstelle. Die Notwendigkeit, Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung zu beteiligen, ist, wie auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung, ein Teil des Bemühens um die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft; dies muss daher in den gesellschafts- und fachpolitischen Kontext eingebracht werden. Mehr Bürgerrechte für Kinder und Jugendliche – das ist das Ziel.

Ansprechpartner:

Jürgen Hartmann-Lichter

Abteilungsleiter Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Fon: 06431.997.202

juergen.hartmann@dicv-limburg.de



Pflegende Angehörige vertreten ihre Interessen

Der Großteil der Pflegebedürftigen in Deutschland wird von Familienangehörigen gepflegt, und das häufig viele Jahre lang. Die Pflegenden sind zumeist berufstätig, meist sind es Frauen (Töchter, Ehefrauen oder Schwieger-töchter) zwischen 40 und 64 Jahre. Sie sehen sich konfrontiert mit einer Mehrfach-Belastung durch Beruf, Familie und Pflege, die häufig gesundheitliche Probleme, die gesellschaftliche Isolation und eine zunehmende finanzielle Verarmung durch Verdienstauffälle und verminderte Rente mit sich bringt.

Diese häusliche Pflege durch Angehörige ist eine Leistung, die höchsten gesellschaftlichen Respekt und Anerkennung verdient. Darüber hinaus gilt es aber auch, die Kompetenzen pflegender Angehöriger ernst zu nehmen und zu nutzen sowie ihnen die Möglichkeit zur Mitsprache und Mitwirkung bei pflegerelevanten Themen und Entscheidungen zu verschaffen.

Die selbstbestimmte Teilhabe von Betroffenen zu stärken, das ist auch das Ziel des DCV. Innerhalb seiner „Teilhabe-Initiative“ von 2007 bis 2010 hat der DCV das Projekt IspAn (Förderung der Interessensselbstvertretung von pflegenden Angehörigen) ins Leben gerufen und den Aufbau einer Interessensselbstvertretung von pflegenden Angehörigen initiiert und gefördert.⁴ Pflegenden Angehörigen wurde ermöglicht, sich in Gruppen zusammenzufinden, um als Experten ihre Stimme in Gesellschaft und Politik einzubringen.

Größter Erfolg einer der Gruppen war die Wiedereröffnung einer Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige. Dieser gelungene „Pflege-Dialog“ zwischen Angehörigen und Bürgermeistern ist ein Beispiel für die Arbeit der IspAn-Gruppen: Die vielen kleinen Schritte auf den verschiedenen Ebenen haben zu einem Pflege-Dialog zwischen pflegenden Angehörigen und Altenheimen, Pflegebegleitern, Krankenhäusern, Ärzten und ambulanten Diensten geführt. Angehörige gaben ihre Erfahrungen und ihre Kompetenzen weiter und konnten dazu beitragen, die Lebenssituation von pflegenden Angehörigen zu erleichtern.

Eine bundesweite Plattform für die Vorstellung von IspAn bot der 2. Caritaskongress in Berlin vom 15. bis 17. April 2010, der Konzepte zur selbstbestimmten Teilhabe vorstellte und diskutierte. Innerhalb des Forums „Die (Wieder-)Entdeckung der Selbstorganisationen“ mit einem Einführungsreferat von Diözesancaritasdirektor Manderscheid zur dauerhaften Herausforderung der Caritas durch Selbstorganisationen, präsentierten IspAn-Aktive ihre Arbeit.



IspAn-Angehörige stellen ihre Arbeit vor.

Im Main-Taunus-Kreis regte die IspAn-Gruppe in Hofheim die Fachtagung „Nebendiagnose Demenz“ Ende Januar 2011 an: Gemeinsam mit der Fachberatung „Demenz“ des Caritasverbandes für den Bezirk Main-Taunus lud die IspAn-Gruppe ein, sich über die Situation demenzkranker Menschen im Krankenhaus zu informieren und über eine verbesserte Pflege sowie die Einbeziehung von Angehörigen zu diskutieren. Über 90 in diesem Bereich tätige Menschen (Pfleger, Ärzte, Sozialdienstmitarbeiter, Krankenhausesseel-sorger, Mitarbeiter von Beratungsstellen und Angehörige) kamen bei diesem „Pflege-Dialog-Forum“ ins Gespräch.

Damit selbstbestimmte Teilhabe – in der Arbeit, in persönlichen Beziehungen, bei der Mitbestimmung, in Kultur und Bildung, bei der gesellschaftlichen Anerkennung und Zugehörigkeit – und Unterstützung dieser gesellschaftlich wichtigen Gruppe der pflegenden Angehörigen gelingt, müssen insbesondere die Strukturen für eine Selbstorganisation und Interessenvertretung gefördert werden – dies wird eine der Herausforderungen in den kommenden Jahren sein.

Weitere Informationen gibt es unter:

www.ispan.de

Ansprechpartner:

Ingrid Rössel-Drath

Referentin für Förderung von Interessensselbstvertretung
in der Behindertenhilfe und Pflege

Fon: 06431.997.310

ingrid.roessel-drath@dicv-limburg.de

⁴ In der Diözese Limburg gibt es IspAn-Gruppen in Frankfurt, Hofheim und Oberursel.

Angehörige von Menschen mit Behinderungen melden sich zu Wort

Angehörige von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen der Caritas trafen sich Mitte September 2010 zum 7. Diözesanrat der „Diözesanarbeitsgemeinschaft von Angehörigenvertretungen in Caritas-Einrichtungen der Behindertenhilfe (DACB)“, der sich mit der UN-Behindertenrechtskonvention befasste. In ihrem Vortrag skizzierte Dr. Katrin Grüber vom Berliner Institut „Mensch, Ethik und Wissenschaft“ die wesentlichen Bereiche der Konvention.

Die Teilnehmer, darunter Angehörige des Konrad-von-Preysing-Hauses, Angehörigenbeiratsvorsitzende des St. Vincenzstiftes in Aulhausen, der Caritaswerkstätten Westerwald/Rhein-Lahn und des Alfred-Delp-Hauses, erstellten mehrere „Wegweiser“, in denen sie ihre Wünsche und Forderungen zu den Themen Arbeit, Wohnen, Assistenz und Begleitung, Barrierefreiheit, Schule und Ausbildung sowie Gesundheit formulierten. So fordern sie beispielsweise ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Sie wünschen sich größere Beteiligungsmöglichkeiten (beispielsweise durch eine gesetzliche Vorgabe, Angehörigenbeiräte zu bilden) und Familien entlastende Dienste. Für ihre behinderten Familienmitglieder fordern die Angehörigen ein Wahlrecht beim Wohnen, bei Ausbildung und Arbeit (Kommunen als Arbeitgeber), den Erhalt und Ausbau einer qualifizierten Begleitung, Mitwirkungsmöglichkeiten im öffentlichen Leben (beispielsweise durch Behindertenbeiräte), den Abbau von Barrieren, gleichen Zugang zu Arzt- und Krankenhausbehandlungen, Assistenz im Krankenhaus sowie die ausreichende Bereitstellung von Therapien und Hilfsmitteln.

Die Wegweiser sind eine erste Grundlage für gemeinsam formulierte Ziele von Angehörigen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, daher übergaben die Angehörigen diesen Forderungskatalog auch an Katrin Grüber sowie an die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Angehörigenvertretungen in Caritas-Einrichtungen der Behindertenhilfe“.

Ende Juni 2010 wählten die Angehörigen des Alfred-Delp-Hauses in Oberursel einen Angehörigen- und Betreuerbeirat, bestehend aus sechs Angehörigen von drei verschiedenen Häusern/Bereichen. Vorausgegangen war ein Meinungsbildungsprozess in der Einrichtung mit einer ersten Informationsveranstaltung zur Bildung eines Angehörigen- und Betreuerbeirates. Dabei votierten die Angehörigen für die Einrichtung eines Beirates, damit die Interessen der Angehörigen von Menschen mit Behinderungen gebündelt und nach innen (Einrichtung) und außen (Kommune, Politik) wirkungsvoller vertreten werden. Auch die Einrichtungsleitung begrüßte diesen Schritt hin zu einer selbstbestimmten Teilhabe von Angehörigen: Die Qualität der Einrichtung könne durch eine kritische Begleitung weiterentwickelt werden, der Angehörigenbeirat könne aber auch Partner sein für eine gemeinsame Interessenvertretung in Kommune und Sozialpolitik hinein.

Ansprechpartner:

Ingrid Rössel-Drath

Referentin für Förderung von Interessensselbstvertretung in der Behindertenhilfe und Pflege

Fon: 06431.997.310

ingrid.roessel-drath@dicv-limburg.de



Profilierung der Migrationssozialarbeit

Bereits seit 2008 arbeitet die Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände in Rheinland-Pfalz gezielt an der Profilierung der landesgeförderten Migrationssozialarbeit. Dieser Prozess ist mit Blick auf die sich verändernden inhaltlichen Rahmenbedingungen und aktuellen fachpolitischen Entwicklungen von großer Bedeutung, aber auch die jahrelange Diskussion zwischen den Verbänden der rheinland-pfälzischen Liga der Freien Wohlfahrtspflege über die zukünftige Verteilung der vom Land zur Verfügung gestellten Gelder erfordert eine Profilierung.

2008 hat die Arbeitsgemeinschaft eine Studie in Auftrag gegeben, die die Arbeit der Caritasdienste im Arbeitsfeld in den Blick nahm. Im November 2009 wurden die Ergebnisse der Untersuchung bei einem Workshop vorgestellt und diskutiert und es wurde beschlossen, eine eigenständige Caritas-Konzeption bezüglich des Landesprogramms zu entwickeln.

Die Liga-Vollversammlung im März 2010 entschied, dass zunächst ein Zukunftskonzept für die Migrationssozialarbeit erarbeitet werden soll, auf dessen Grundlage eine Neuverteilung der Landesmittel 2012 erfolgen wird. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände in Rheinland-Pfalz ihr ursprüngliches Ziel aufgegeben, eine eigene Caritas-Konzeption zu erarbeiten.

Stattdessen wurden die bis zu diesem Zeitpunkt geführten Diskussionen innerhalb der Caritas in einem Profildokument zusammengeführt. Dieses, von den Direktoren der

Caritasverbände in Rheinland-Pfalz beschlossene Profildokument geht auf den konzeptionellen Rahmen und auf das Selbstverständnis der Caritas im Arbeitsfeld ein; es beschreibt die Inhalte und die Angebote sowie Anforderungen zur Evaluation der Arbeit und bildet damit eine fundierte Grundlage für die aktuellen konzeptionellen Diskussionen zwischen den Liga-Verbänden.

Die Arbeitsgemeinschaft erarbeitet nun mögliche Kriterien für die zukünftige Mittelverteilung, die in die laufenden Gespräche eingebracht werden sollen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände organisierte in 2010 in Zusammenarbeit mit der Katholischen Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen unter der Überschrift „Qualifizierungsoffensive Migration und Integration“. Kernstücke der vom Land geförderten Qualifizierungsoffensive waren die Weiterbildungen „Interkulturelle Prozessbegleitung“ und „Mediation interkulturell“. Diese sind ein Beitrag, um den fach- und gesellschaftspolitisch geforderten Anspruch der interkulturellen Öffnung der Dienste und Einrichtungen zu leisten.

Ansprechpartner:

Martina Schlebusch

Referentin für Migration

Fon: 06431.997.181

martina.schlebusch@dicv-limburg.de



Mega-Trend 3: Finanzierung und Finanzierbarkeit

Der bundesdeutsche Sozialstaat steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen: Die noch immer hohe Arbeitslosigkeit, der Geburtenrückgang, eine alternde und zugleich immer älter werdende Bevölkerung, steigende Kosten im Gesundheitswesen, aber auch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise bringen das Sozialsystem zunehmend in Bedrängnis. Die Frage der Finanzierung – wofür und für wen Geld zur Verfügung gestellt wird – und der Finanzierbarkeit von sozialen Angeboten ist dabei eines der Zukunftsthemen.

Schuldenbremse

Der Bundestag hat 2009 die „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz aufgenommen (Artikel 109, 115, 143d GG). Diese verpflichtet die Länder dazu, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, um den Haushalt auszugleichen. In einer Volksabstimmung Ende März 2011 haben die hessischen Bürger dafür gestimmt, dass eine „Schuldenbremse“ auch in der Hessischen Verfassung verankert wird.

Im Vorfeld hatten die Hessen-Caritas und die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen zur Landtagsanhörung über die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Hessische Verfassung eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Sie empfahlen übereinstimmend, auf eine Verfassungsänderung zu verzichten und stattdessen eine einfache gesetzliche Regelung vorzunehmen. Ausgaben im Sozialbereich können, so die Hessen-Caritas und die Liga Hessen, durch Schulden finanziert werden, da sie

- verfassungsmäßige sozialstaatliche Ziele gewährleisten und
- als Investitionskosten zu sehen sind, da Folgekosten vermieden oder vermindert werden.

Die Caritasverbände befürchten, dass die Schuldenbremse zu massiven Kürzungen führt, sofern die Politik nicht mittels Steuererhöhungen für eine bessere Einnahmesituation sorgt.

Ansprechpartner:

Dr. Karl Koch

Stabstelle Sozialpolitische Grundsatzfragen

Fon: 06431.997.184

karl.koch@dicv-limburg.de

Erfolg für Caritas: BSG-Urteil zur Vergütung der ambulanten Dienste

Das Bundessozialgericht (BSG) hat die Revision der hessischen Krankenkassen gegen den Schiedsspruch zur Vergütungserhöhung unter anderem für die ambulanten Dienste des DiCV Limburg zurückgewiesen. Damit ist eine Pauschal-erhöhung der Vergütung von 5,98 Prozent für die häuslichen Pflegedienste des DiCV Limburg und weiterer Verbände der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Hessen rechtens. Diese hatten die Erhöhung gefordert, nachdem die Vergütungsanhebung durch die Krankenkassen für den Zeitraum Mitte 2007 bis Ende 2008 nicht erfolgt war.

Mit dieser Entscheidung konnten die seit 2001 andauernden Verhandlungen zwischen der Liga Hessen und den Krankenkassen abgeschlossen werden.

Der DiCV Limburg hatte in einem Schiedsverfahren die Erhöhung seiner Vergütungen für die ambulanten Pflegedienste gefordert. In den Erhöhungen wurden unter anderem Lohnsteigerungen und Hausbesuchspauschalen für Patientenbesuche berücksichtigt. Die in dem Verfahren entscheidungsbefugte Schiedsperson, die sowohl seitens der Kassen als auch der Wohlfahrtsverbände einvernehmlich bestimmt worden war, hatte weitestgehend den Forderungen der Wohlfahrtsverbände entsprochen. Die Krankenkassen hielten die Steigerungen aber nicht für gerechtfertigt, stellten sich dem Schiedsspruch entgegen und erhoben Klage. Nachdem weder das Sozialgericht noch das in der Berufungsinanz angerufene Landessozialgericht aus formellen oder rechtlichen Gründen die Entscheidung der Schiedsperson angriffen und die Klagen jeweils abwiesen, gingen die Krankenkassen in Revision beim BSG in Kassel. In seinem Urteil vom 25. November 2010, das seit Anfang April 2011 schriftlich vorliegt, hat das BSG nun dem DiCV Limburg und den anderen Liga-Verbänden Recht gegeben (Az: B 3 KR 1/10 R vom 25.11.2010).

Dieses Urteil hat grundlegende Bedeutung, da die Kassen zukünftig Vergütungserhöhungen nicht grundsätzlich mit dem Hinweis auf den Grundsatz der Beitragsstabilität ablehnen können. Auch haben die Richter des BSG damit die Rolle der Schiedsperson als „Vertragshelfer“ geklärt, sodass weitere anhängige Verfahren entschieden werden können. Die Schiedssprüche aus den Jahren 2009 und 2010 werden derzeit noch beim Sozialgericht in Wiesbaden in weiteren Klageverfahren geprüft. Es wird seine Urteilsgründe auf das Revisionsverfahren des BSG aufbauen.

Download des Urteils des Bundessozialgerichtes unter www.dicv-limburg.de/80294.html

Ansprechpartner:

Andreas Eichmann

Referent Ambulante Dienste

Fon: 06431.997.182

andreas.eichmann@dicv-limburg.de

Gründung der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

Am 25. November 2010 wurde in Mainz die PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. gegründet, um durch die konstruktive Bündelung der Interessen die Belange der ambulanten, teil- sowie vollstationären Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz noch effektiver vertreten zu können. Mitglieder der PflegeGesellschaft sind die Diözesancaritasverbände Limburg, Mainz, Speyer, Trier und Köln, die Arbeiterwohlfahrt Rheinland und der Bezirksverband Pfalz, der Paritätische Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland, der DRK-Landesverband Rheinland-Pfalz, die Diakonischen Werke in Hessen und Nassau, Pfalz und Rheinland-Westfalen-Lippe sowie der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste. Die PflegeGesellschaft vertritt die Interessen von rund 326 ambulanten Pflegediensten mit etwa 20.000 Patienten und über 450 stationären Pflegeeinrichtungen mit etwa 33.000 Plätzen. Damit repräsentiert die PflegeGesellschaft den Großteil der rheinland-pfälzischen Pflegeeinrichtungen. Aufgabe der PflegeGesellschaft ist die fachliche Auseinandersetzung mit grundlegenden Fragen der pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz. Vor allem erfolgt dies durch die Unterstützung der Mitgliedsverbände bei der Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen und Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch XI (Pflegeversicherung). Die PflegeGesellschaft soll eine abgestimmte Interessenvertretung in Fragen der ambulanten, teil- sowie vollstationären Pflege gewährleisten und die Belange der Pflege und der Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz bei der Vorbereitung und Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen wahrnehmen. Die PflegeGesellschaft berät und unterstützt ihre Mitglieder bei grundsätzlichen fachlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen der pflegerischen Versorgung. Dazu zählen die Erarbeitung und Verhandlung von landesweiten Rahmenverträgen und leistungsgerechten Vergütungen ebenso wie die Förderung von Projekten der Qualitätssicherung, die Öffentlichkeitsarbeit und die Mitwirkung in Forschungsprojekten. Ebenfalls im Fokus der Arbeit in der PflegeGesellschaft steht die Entwicklung und Umsetzung von Perspektiven zur

zukunftsfähigen Ausgestaltung der Pflege. Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels in der Pflege sind nicht zuletzt gemeinsame Anstrengungen zur Förderung und Entwicklung der pflegerischen Aus-, Fort- und Weiterbildung wichtige Elemente der Zusammenarbeit.

Zur Unterstützung der Arbeit der PflegeGesellschaft hat der Vorstand ständige Fachausschüsse (ambulant und stationär) eingesetzt, in denen insbesondere die pflegfachliche, wirtschaftliche und juristische Kompetenz vertreten ist. Sitz der PflegeGesellschaft ist die Landeshauptstadt Mainz. Im Vorstand der PflegeGesellschaft ist die Caritas repräsentiert durch die Trierer Diözesancaritasdirektorin Dr. Birgit Kugel.



Die beiden Vorstandsvorsitzenden der neuen PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz, Solveigh Schneider und Bernd Meurer (vorne, von rechts) mit den weiteren Vorstandsmitgliedern Petra Rixgens, Jutta Schier, Norbert Albrecht, Dr. Michael Schröder, Dr. Birgit Kugel (Diözesancaritasdirektorin Trier), von links, sowie Albrecht Bähr (rechts) und Winfried Bauer (3. von rechts). Es fehlt: Wolfgang Krause.

Weitere Informationen gibt es unter
www.pflegegesellschaft-rlp.de

Ansprechpartner:

Markus Ahne

Referent Stationäre Altenpflege
Fon: 06431.997.185
markus.ahne@dicv-limburg.de

Teilhabe von Menschen mit Behinderung sichern

Die Hessen-Caritas schultert mit der „Personenzentrierten Steuerung der Eingliederungshilfe in Hessen (PerSEH) ein Projekt, welches die Systematik der Eingliederungshilfe von einer einrichtungszentrierten Hilfeerbringung hin zu passgenauen Angeboten in Hessen verändert. Die Umstellung der Finanzierungssystematik bei den am Projekt beteiligten Trägern ist im Februar 2010 erfolgt. PerSEH stützt sich auf drei Säulen:

- eine einheitliche Methode, um festzustellen, welche Schritte notwendig sind, damit ein Mensch mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann (Integrierter Teilhabeplan),
- eine Konferenz, in der sich alle Beteiligten darüber verständigen, wie eine Begleitung im Alltag organisiert wird (Tilhabe-Konferenz),
- eine zeitbasierte Leistungsvergütung.

Um festzustellen, ob das Projekt die gewünschten Erfolge erzielt hat und dieser Ansatz in weiteren Regionen umgesetzt werden kann, wurde das Zentrum für Planung und Evaluation sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen mit der Evaluation des Projektes beauftragt. Aus dieser wissenschaftlichen Begleitforschung wurden folgende erste Erkenntnisse gewonnen:

- Eine konstruktive Diskussion und die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses zur Personenzentrierung haben bisher in Hessen noch nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. Vor diesem Hintergrund kann die Erprobung von PerSEH Möglichkeiten bieten, den Ansatz der Personenzentrierung zu präzisieren und zu konkretisieren.



- Die individuelle Teilhabeplanung ermöglicht eine Flexibilisierung des Hilfeangebotes, keinesfalls ist diese jedoch garantiert.
- Auf Seiten der Leistungserbringer ist die Offenheit und Bereitschaft erforderlich, flexible Unterstützungsarrangements zu entwickeln und anzubieten.
- Insbesondere Anbieter mit kirchlicher Prägung weisen auf eine gute Zusammenarbeit mit Angehörigenvertretungen hin.
- Die Hilfeplankonferenzen stellen einen permanenten und bleibenden Mehraufwand dar.
- Die Träger gehen davon aus, dass die Finanzierungs-umstellung letztlich im Zeitverlauf nicht budgetneutral ist, sondern höhere Kosten zu erwarten sind. Kooperationen und Inklusion lassen sich nicht unter Zeitdruck erzwingen.
- Eine radikale Umsetzung des Grundgedankens der Personenzentrierung wird nicht zu finanzieren sein.

Im Sommer 2010 fand erstmalig eine Klausur zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern statt, in der weitergehende Möglichkeiten für Strukturveränderungen in der Behindertenhilfe identifiziert und konkrete Umsetzungsschritte erarbeitet werden sollten. Folgende Visionen zur Eingliederungshilfe in Hessen wurden verabschiedet:

- Die Arbeit muss qualitativ hochwertig und professionell organisiert sein.
- Ehrenamtliche müssen qualifiziert und professionell angeleitet werden.
- Individuelle Unterstützung muss diesen Namen verdienen.
- Menschen mit Beeinträchtigung leben in einer solidarischen Gesellschaft und erhalten in der Region die





Dieser Weg kann jedoch nur eingeschlagen werden, wenn er mit dem durch das Projekt PerSEH angestoßenen Prozess der personenzentrierten Hilfen verknüpft wird: Die Ermittlung des individuellen Unterstützungsbedarfes muss in einer Hilfeplanung erfolgen, Art und Umfang der einzusetzenden Maßnahmen müssen in einer Hilfeplankon-

Hilfe, die sie brauchen. Diese Hilfe wird beispielsweise durch Teilhabezentren koordiniert.

- Die einheitliche Hilfeplanung und Hilfeplankonferenzen arbeiten mit den Betroffenen zusammen, und zwar mit dem besten Casemanagement sowie träger- und systemübergreifend. Die Hilfe erfolgt in der Region.
- Kompromissbereitschaft ist für die gemeinsame Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in Hessen unerlässlich.
- An der landesweiten Steuerung und Gewährleistung vergleichbarer Verhältnisse für Menschen mit Behinderung geht kein Weg vorbei.
- Personenorientierung, Leistungsqualität und das Budget müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.
- Die Bedürfnisse und der Wille des Menschen mit Behinderung sind Grundlage der Hilfe und Unterstützung in Hessen.

In dieser Klausur ist auch die Idee zur Einführung von Trägerbudgets entstanden. Durch die negative Entwicklung der öffentlichen Haushalte, insbesondere bei den kommunalen Trägern des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, stehen sowohl die Leistungsträger als auch die Leistungserbringer in der Pflicht, nach Wegen und Möglichkeiten zu suchen, um trotz eines immer engeren Finanzrahmens die Betreuung von Menschen mit Behinderung unter Zugrundelegung vertretbarer Standards sicherzustellen. Eine Lösungsmöglichkeit wird in der Bildung trägerbezogener Budgets gesehen.

ferenz beraten werden. Zudem soll ein Verfahren der Wirkungsorientierung implementiert werden, um den Erfolg der Unterstützungsleistungen nachzuvollziehen. Derzeit wird ein Vorschlag zur Erfassung und Bewertung der Wirkungen im System der personenzentrierten Leistungssystematik erarbeitet. So ist sowohl gegenüber dem Leistungsberechtigten als auch auf der Vertragsebene festzustellen, ob und in welchem Maße die jeweiligen individuellen Leistungen und die vertraglich vereinbarten Leistungen geeignet sind, die mit dem Klienten vereinbarten Ziele zu erreichen.

Mit der Bildung von trägerbezogenen Budgets ist die Erwartung verbunden, mit den über das Trägerbudget zur Verfügung gestellten Finanzmitteln einen effizienteren Mitteleinsatz zu erzielen. Hierdurch soll erreicht werden, dass zum einen wechselnde Betreuungsbedarfe und zum anderen Fallzuwächse aufgefangen werden können, ohne dass damit eine Ausweitung des Budgets verbunden ist (mit dem gleichen Geld mehr Klienten betreuen). Zur Zielerreichung sind entsprechende Rahmenbedingungen abzustimmen und zu vereinbaren.

Ansprechpartner:

Dr. Elke Groß

Abteilungsleiterin Alten-, Gesundheits- und Behindertenhilfe

Fon: 06431.997.183

elke.gross@dicv-limburg.de

Neues Hessisches Krankenhausgesetz bringt mehr Flexibilität

Das Hessische Sozialministerium hat den Entwurf des Krankenhausbauprogramms 2010A (Haushalt 2010) den Beteiligten im Februar 2010 vorgelegt. Trotz der Kürzungen im Landeshaushalt lag das Volumen des Bauprogramms für das Jahr 2010 mit 120 Millionen Euro auf gleicher Höhe wie im Jahr 2009. Leider wurde für das Bauprogramm 2011 eine Reduzierung auf 100 Millionen Euro vorgesehen.

Nachdem der damalige hessische Sozialminister Jürgen Banzer Ende 2009 die wesentlichen Bestandteile eines neuen Hessischen Krankenhausgesetzes vorgestellt hatte, wurde im Juni 2010 ein erster Gesetzentwurf vorgelegt. Erfreulicherweise hatte das Ministerium dem Ergebnis eines Workshops im Juni 2009 Rechnung getragen: In Zusammenarbeit mit der Hessischen Krankenhausgesellschaft war es gelungen, die Weichen für mehr Flexibilität und mehr Eigenverantwortung der Krankenhausträger zu stellen.

Der neue Sozialminister Stefan Grüttner betonte bei der Einbringung des Gesetzes in den Landtag: „Mehr Qualität in der regionalen und flächendeckenden Gesundheitsversorgung und weniger Bürokratie im Krankenhauswesen sind Schwerpunkte des Gesetzentwurfs.“ Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser in Hessen teilt diese Einschätzung; sie hat zu einzelnen Details zusammen mit der Hessischen Krankenhausgesellschaft Änderungsvorschläge formuliert, die in der Anhörung im Sozialpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtags im November 2010 vorgetragen wurden. Wesentliche Änderungen gab es allerdings nicht mehr, sodass das Gesetz zügig das Gesetzgebungsverfahren durchlaufen und zum 1. Januar 2011 in Kraft treten konnte. Im Jahr 2011 muss das Gesetz umgesetzt werden; insbesondere die neu geschaffenen Gesundheitskonferenzen sind zu besetzen. Die freigemeinnützigen Krankenhausträger stimmen sich dabei ab, wer den Sitz in der jeweiligen Gesundheitskonferenz wahrnimmt.

Ansprechpartner:

Dr. Elke Groß

Abteilungsleiterin Alten-, Gesundheits- und Behindertenhilfe
Fon: 06431.997.183
elke.gross@dicv-limburg.de

Hubert Connemann

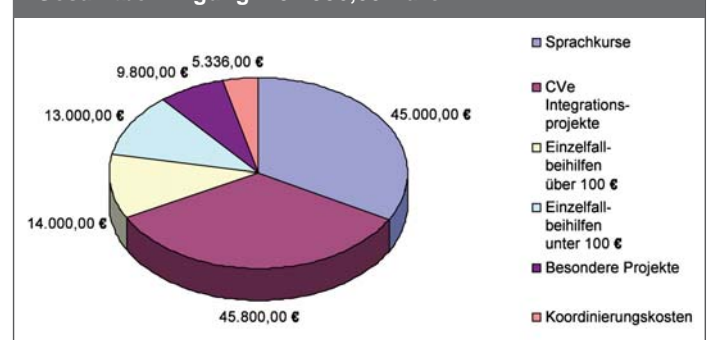
Referent Krankenhäuser
Fon: 06431.997.150
hubert.connemann@dicv-limburg.de

Projekt „Partnerschaft mit Flüchtlingen“ 2010

Auch im Jahr 2010 konnten mit Hilfe des Projektes „Partnerschaft mit Flüchtlingen“ zahlreiche und vielfältige Integrationsprojekte für Menschen mit Migrationshintergrund im Bistum Limburg umgesetzt werden. Die breite Palette der geförderten Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund reicht vom Videoprojekt von Schülern und Bewerbungstraining über Sprachangebote und Hausaufgabenbetreuung für Kinder bis hin zum Internationalen Frauenfrühstück. Ebenso konnte Menschen in besonderer finanzieller Notlage mit Einzelfallbeihilfen geholfen werden. Der jährlich zur Verfügung stehende Betrag in Höhe von 132.936 Euro kam den Menschen zugute, die keine finanziellen Möglichkeiten haben, um an Integrationsmaßnahmen teilzunehmen. Das Schaubild zeigt die differenzierte Ausgabensituation für Sprachkurse, Integrationsprojekte, Besondere Projekte und Einzelfallbeihilfen.

Die Bedeutung des Projektes „Partnerschaft mit Flüchtlingen“, das in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiert, hat an Aktualität und Bedarf nichts eingebüßt: Durch den Fonds werden gerade die Menschen mit Migrationshintergrund aufgefangen und unterstützt, die willkommener Teil unserer Gesellschaft sein sollten, bei denen sich die Politik jedoch vor der Verantwortung verschließt, diesen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Mit dem rechtlichen Argument, dass sie keinen rechtmäßigen Aufenthalt hätten, werden sie von öffentlich geförderten Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen.

Gesamtbewilligung: 132.936,00 Euro



Ansprechpartner:

Merhawit Desta

Referentin für Migration/Sozialrecht
Fon: 06431.997.179
merhawit.desta@dicv-limburg.de



»Die Zukunft der Pflege im Alter erfordert Solidarität und ein respektvolles Miteinander der Generationen. Alle sind aufgefordert, ihren spezifischen Beitrag zur Solidargemeinschaft zu leisten. Diejenigen, die auf die besondere Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind, müssen diese ohne Scheu annehmen können. [...] Der Beitrag der Kirche ist es, für die Würde jedes Menschen – ob reich oder arm, gesund oder krank, jung oder alt – einzutreten und sie auf ihrem Lebensweg zu begleiten, besonders wenn sie Unterstützung benötigen.«

Die deutschen Bischöfe (»Die Zukunft der Pflege im Alter. Ein Beitrag der katholischen Kirche« 2011)

Mega-Trend 4: Fachkräftemangel

Die demographische Entwicklung hat weitreichende Folgen nicht nur auf die sich ändernde und veränderte Angebots- und Nutzerstruktur in der sozialen Arbeit. Sie zeigt sich auch in einem zunehmenden Wettbewerb der verschiedenen Branchen um Nachwuchs und Personal. Auch Handwerk und Industrie suchen händeringend geeignete Bewerber und starten Imagekampagnen. Familienfreundliche Konzepte, Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Job-Sharing-Modelle, eine individuelle Karriere- und Laufbahnplanung für den Mitarbeiter, beispielsweise durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen oder Jobrotation, sollen dabei die Attraktivität des potenziellen Arbeitgebers erhöhen. Eine wesentliche Herausforderung ist somit, den Nachwuchs für die sozialen Berufe zu gewinnen, Fachkräfte zu akquirieren und die Mitarbeiter mittels attraktiver Bildungsangebote im eigenen Verband zu halten.

Kampagne „Altenpflege. SocialNetworking 3.0“

In den kommenden Jahren wird die Nachfrage nach professionellen Pflegeleistungen deutlich steigen: Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Zahl der älteren Menschen zunehmen, zudem werden sich die Familienstrukturen deutlich verändern. Insbesondere die wachsende Zahl älterer Menschen mit Demenz erfordert zukünftig mehr Leistungen sowohl im sozial-pflegerischen als auch im medizinisch-pflegerischen Bereich. Zugleich sinkt die Zahl der Schulabgänger in den nächsten Jahren deutlich. Angesichts dieses Rückgangs bei den potenziellen Auszubildenden wird sich der Wettbewerb der unterschiedlichen Branchen um Auszubildende und Fachkräfte deutlich verschärfen. Nach den Erhebungen des Hessischen Pflegemonitors ergibt sich für das Jahr 2020, bezogen auf den Beschäftigtenbestand des Jahres 2007, hessenweit ein zusätzlicher Bedarf von 2.878 Altenpflegern.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen hat daher in 2011 eine Kampagne „Altenpflege. SocialNetworking 3.0“ gestartet: Damit sollen insbesondere Jugendliche für die Altenpflegeausbildung gewonnen, das Image der Altenhilfe in der Öffentlichkeit sowie die politischen Rahmenbedingungen verbessert werden.



Die Kampagne ist hauptsächlich internetbasiert, denn Personalakquise und Image-Bildung finden überwiegend über das so genannte Web 2.0 statt: Den ersten Teil bildet die Image-Kampagne „YouJob“ von Februar bis September 2011: Sie soll vor allem Jugendliche, aber auch Männer und junge Menschen mit Migrationshintergrund für die Altenpflege-Ausbildung gewinnen. Der Titel „YouJob“ ist angelehnt an die weltweit populäre Internetplattform „YouTube“, mit der die Kampagne verknüpft ist. Mit Videoclips, die Altenpflegeschüler selbst gedreht haben und in denen sie die Ausbildung und den Beruf vorstellen, soll ein positives Image der Altenpflege vermittelt werden. Auf der Internetseite erhalten potenzielle Bewerber vielfältige Informationen, beispielsweise zur Ausbildung, zur Ausbildungsvergütung, zum Beruf und zu den Karrierechancen, die die Altenpflege bietet. Die ambulanten und stationären Einrichtungen der Altenhilfe können und sollen sich an der Kampagne mit Aktionen beteiligen, zum Beispiel bei regionalen und lokalen Aktionstagen, die an allgemeinbildenden Schulen stattfinden. Die politische Kampagne „myplace“ bildet den zweiten Teil: Von Mai bis November 2011 will die Liga Hessen damit die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger für die Belange der Altenpflege sensibilisieren und eine politische Diskussion über die Zukunft der Altenpflege anstoßen. Auch bei diesem Kampagnenteil steht eine zielgruppenspezifische Webseite im Mittelpunkt. Die Seite „myplace“ ist eine Plattform für Mitarbeiter und (Fach-)Öffentlichkeit, sie zeigt aber auch Best-Practice-Beispiele, innovative Konzepte und Ideen zur Verbesserung der Ausbildung. Der Name „myplace“ ist angelehnt an die Internetplattform „myspace“.

Die Liga Hessen hat politische Forderungen formuliert, die auf „myplace“ vorgestellt und in die politische Diskussion eingebracht werden sollen. Die Liga Hessen fordert unter anderem eine generalisierte und modularisierte Pflegeausbildung, eine gemeinsame und vor allem solidarische Finanzierung der Ausbildung, die verstärkte Einbindung des Themas Pflege in den Lehrplan allgemeinbildender Schulen sowie eine aktive Alten- und Pflegepolitik des Landes Hessen, etwa in Form der Einrichtung einer Enquête-Kommission im hessischen Landtag. Eine wichtige Forderung ist zudem, die Vergütungsstrukturen der Pflegekräfte angesichts des Fachkräftemangels attraktiv und damit zukunftsfähig zu gestalten.

Weitere Informationen gibt es unter:

www.youjob-altenpflege.de

Ansprechpartner:

Markus Ahne, Referent Altenhilfe

Fon: 06431.997.185 • markus.ahne@dicv-limburg.de

Bildungsangebote als Mittel gegen den Fachkräftemangel

Der wachsende Fachkräftemangel in den sozialen und pflegerischen Berufen erfordert neue Ideen und Konzepte auch in der Bildungsarbeit. Die Abteilung „Bildung und Entwicklung“ bietet hier unter anderem die Ausbildung in der Altenpflege und Altenpflegehilfe. Sie qualifiziert ebenso spezielle Funktionen, beispielsweise die Praxisanleitung, die Leitung von Pflege und Funktionsbereichen in Krankenhäusern, Altenheimen und ambulanten Pflegediensten.



Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst weihte die Räume der neuen Caritas-Akademie St. Vincenz in Hadamar.

Immer wichtiger werden zudem Qualifizierungsmaßnahmen unterhalb der dreijährigen Altenpflege-Ausbildung und in der Fort- und Weiterbildung. Berufliche Entwicklungen verlaufen heute häufig nicht mehr so geradlinig wie früher. Die Wiesbadener Caritas-Altenpflegeschule hat daher, finanziert von der Stadt Wiesbaden, das Projekt „einjährige Qualifizierung zur Altenpflegehelferin beziehungsweise zum Altenpflegehelfer“ konzipiert: Damit sollen Menschen für dieses Berufsfeld interessiert werden, sie sollen bei ihrem (Wieder-)Einstieg in die Pflege begleitet werden, und ihnen sollen individuelle Perspektiven zur beruflichen Entwicklung eröffnet werden. Die Erfahrungen mit der ersten Altenpflegehelfer-Ausbildung an der Altenpflegeschule in Wiesbaden



haben gezeigt, dass knapp die Hälfte der Absolventen danach die dreijährige Ausbildung als Altenpflege-Fachkraft anschließt. Die einjährige Altenpflegehelfer-Qualifizierung wird künftig zum 1. September angeboten.

Die dreijährige Altenpflege-Ausbildung bietet der DiCV Limburg in Limburg seit 20 Jahren, in Wiesbaden seit 50 Jahren an. Beide Altenpflegeschulen firmieren seit 2. Oktober 2010 unter dem Dach der „Caritas-Akademie St. Vincenz“: Die Altenpflegeschule in Limburg ist zu diesem Termin nach Hadamar umgezogen, wo sie mit der Krankenpflegeschule des St. Vincenz-Krankenhauses Limburg gemeinsame Räume hat. Mit diesem Schritt haben diese beiden Schulen vorausschauend auf die vom Gesetzgeber geplante Zusammenlegung der Altenpflege- und Krankenpflege-Ausbildung reagiert, auch wenn die Ausbildungen zunächst weiterhin getrennt voneinander erfolgen.

Die Altenpflegeschulen in Limburg und Wiesbaden legen nicht nur bei der Ausbildung des Nachwuchses großen Wert auf Fachlichkeit. Auch die Anforderungen an die Lehrkräfte sind hoch: Die beiden Schulen werden von einer Diplom-Pflegepädagogin (FH) geleitet, unterstützt wird sie von einem elfköpfigen Team, bestehend



Zur feierlichen Eröffnung der Caritas-Akademie St. Vincenz gekommen waren unter anderem Hans Beresko (Vorsitzender des Franz Gensler'schen Stiftungsfonds), Michael Ruoff (Bürgermeister der Stadt Hadamar), OR Pfarrer Michael Metzler (Vorsitzender des Diözesancaritasverbandes) sowie Dr. Hejo Manderscheid (Diözesancaritasdirektor) (vorne, von links) sowie Vorstandsmitglied Heinz Reusch (ganz rechts).

aus Diplom-Pflegepädagogen (FH), Lehrern für Pflege, Verwaltungskräften und einer Studentin im Hauptstudium Diplom-Pflegepädagogik (FH).

In berufsbegleitenden Weiterbildungen wurden zahlreiche Fachkräfte für spezialisierte Funktionen qualifiziert: Praxisanleitungen für Kindertageseinrichtungen (18 Fachkräfte), Praxisanleitungen für Einrichtungen der stationären und ambulanten Altenhilfe (22 Fachkräfte), Leitungen von Pflege- und Funktionseinheiten in Krankenhäusern, Altenheimen und Sozialstationen (20 Fachkräfte), Qualitätsbeauftragte für Kindertageseinrichtungen (207 Fachkräfte). Von solchen Maßnahmen sind mittelbar ebenfalls positive Wirkungen auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels zu erwarten: Mit den persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Teilnehmenden und in der engen Verzahnung von Theorie und Praxis erhöhen sie die Attraktivität eines Arbeitsplatzes bei Caritas und Kirche und fördern so die Bindung an den Arbeitgeber. Auf Fachkräfte, die den Arbeitgeber nicht verlassen, sondern sich vielmehr innerhalb des Betriebes entwickeln, kann man zählen. Sie müssen auch nicht mühevoll neu gewonnen und in den Betrieb integriert werden.

In 205 Fortbildungsveranstaltungen (2009: 118) wurden Fachkräfte und Nicht-Fachkräfte aus der sozialen und pflegerischen Arbeit qualifiziert. Neben personalpflegerischen Aspekten, der Aktualisierung beruflicher Kompetenzen und der Reflexion fachpraktischer Arbeit haben diese Veranstaltungen damit auch die Funktion, Menschen für einen sozialen oder pflegerischen Beruf zu begeistern und das Interesse an der Weiterentwicklung der fachlichen Arbeit zu fördern. Sie werden nicht nur zur eigenen Entwicklung motiviert, sondern sie sind auch potenzielle Image-träger für soziale und pflegerische Berufe.

Ein solches zukunftsorientiertes Bildungsangebot unter der Caritas-Philosophie lässt sich am besten in einem gut vernetzten Bildungssystem realisieren. Hier sind in der Abteilung „Bildung und Entwicklung“ wichtige Verbindungen strukturell angelegt. Zum Beispiel sei hier die Verbindung zwischen Projektmanagement, Prozessbegleitungen und fachlichen Schulungen in der Kinder- und Altenhilfe genannt. Ebenso erwähnenswert ist die Verbindung zu den pastoralen und spirituellen Angeboten des Hofheimer Refugiums für Mitarbeitende in Caritas und Pastoral. Mit den zahlreichen Verbindungen zu katholischen und anderen Bildungsträgern bestehen auf den unterschiedlichsten Ebenen Möglichkeiten, um Bildungsmaßnahmen effektiv zu gestalten.



Schulleiterin Cordula Schneider (rechts) und Kursleiter Ulrich Barckhausen (vorne knieend, rechts) freuen sich über die erfolgreich bestandenen Prüfungen der 16 Absolventen der Caritas-Altenpflegeschule Wiesbaden im Frühling 2011.

Ansprechpartner:

Bernhard Schnabel

Abteilungsleiter Bildung und Entwicklung

Fon: 06431.997.430

bernhard.schnabel@dicv-limburg.de

Radegundis Glenzer

Referentin Fortbildung

und Organisationsentwicklung

Fon: 06431.997.200

radegundis.glenzer@dicv-limburg.de

Cordula Schneider

Leiterin der

Caritas-Altenpflegeschulen Wiesbaden
und Hadamar

(Caritas-Akademie St. Vincenz)

Fon: 06433.87.6516

Altenpflege-Bildungsangebote zertifiziert

Der DiCV Limburg ist mit seinen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten in der Altenpflege seit Juni 2010 anerkannt als Träger von Qualifizierungsmaßnahmen gemäß der „Anerkennungs- und Zulassungsverordnung – Weiterbildung“ (AZWV).

Damit steht die Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung ständig auf dem Prüfstand. Sie wird durch interne Audits, aber auch durch die Zertifizierungsstelle überprüft. Die Chance des Systems liegt in der kontinuierlichen bedarfsgerechten Anpassung der strukturellen Bedingungen und des Handelns.

Mit Blick auf den wachsenden Fachkräftemangel ergibt sich durch die AZWV-Zertifizierung in zweierlei Hinsicht ein Nutzen: Zum einen wird hierdurch die Qualität des Angebots gesichert, zugleich ist der DiCV Limburg als Bildungsanbieter attraktiv. Zum anderen haben die Nutzer der Bildungsangebote die Möglichkeit, Förderungen durch das Arbeitsamt zu erhalten.

Grundlage der Zertifizierung ist der Aufbau eines Qualitätsmanagement-Systems, in dem vor allem wichtige Kernprozesse beschrieben sind, die sich auf den direkten Umgang mit den Schülern und die Gestaltung des Lehr- und Lernprozesses beziehen. So geht es beispielsweise um Regelungen zum Bewerbungsverfahren, zur



Kursbegleitung, zur Gestaltung von Unterricht und Leistungskontrollen, zur Zusammenarbeit mit Kooperations-einrichtungen und zum Ablauf von Abschlussprüfungen. Zu beschreiben sind aber auch das pädagogische Leitbild, Bau und Ausstattung, die interne Kommunikation sowie die Beobachtung Arbeitsmarkt relevanter Daten. Damit verbunden ist auch die Gestaltung des kompletten Dokumentationswesens, beispielsweise Standardbriefe und Dokumente für Leistungskontrollen.



Zugelassener Träger für
Aus-, Fort- und Weiterbildung
in der Altenpflege
(nach AZWV)

Um das Qualitätsmanagement-System zum Leben zu bringen, bedarf es Maßnahmen zur kontinuierlichen Überprüfung und Verbesserung. Durch Audits wird überprüft, ob die Arbeitsweisen so realisiert werden, wie sie beschrieben wurden. Verbesserungsbedarfe werden systematisch ermittelt, und es werden erforderliche Maßnahmen eingeleitet. In den Altenpflegeschulen wird immer wieder die Zufriedenheit von Schülern, Lehrkräften und Kooperationseinrichtungen erfragt, um erforderliche Maßnahmen möglichst frühzeitig einleiten zu können.

Ansprechpartner:

Bernhard Schnabel

Abteilungsleiter Bildung und Entwicklung

Fon: 06431.997.430

bernhard.schnabel@dicv-limburg.de

Cordula Schneider

Leiterin der Caritas-Altenpflegeschulen Wiesbaden

und Hadamar (Caritas-Akademie St. Vincenz)

Fon: 06433.87.6516

Mega-Trend 5: Solidarität, Teilhabe und Gerechtigkeit

Angesichts der klammen öffentlichen Kassen, steigender Arbeitslosigkeit und einem Rückgang der Zahl der Beitragszahler in das Gesundheits- und Sozialversicherungssystem wird die Frage nach Solidarität, Teilhabe und Gerechtigkeit in der bundesdeutschen Gesellschaft immer drängender. Dies zeigt sich unter anderem in der Diskussion um die Berechnung des Eckregelsatzes für Hartz-IV-Empfänger und ihre Kinder, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes geführt wurde. Dies betrifft aber auch die Frage, was der Gesellschaft künftig ihre Alten und Kranken, ihre Arbeitslosen und Ausgegrenzten wert sind. Die Diskussion tangiert die Grundsätze des solidarischen Sozialversicherungssystems in Deutschland, die Tendenz geht hin zur Basisversorgung für Arme und zur „Rundum-Sorglos-Variante“ für diejenigen, die sich das finanziell leisten können.

Bundesverfassungsgericht: Urteil zu den Regelsätzen im SGB II

Die Hessen-Caritas fordert bereits seit Jahren eine Erhöhung des Regelsatzes und die Anerkennung bestimmter Einmalleistungen und hat dies auch in ihren Grundsatzforderungen zur Landtagswahl 2008 vom 28. Oktober 2007 bekräftigt.

Die Diskussion um die (Kinder-)Regelsätze wurde erst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 9. Februar 2010 entfacht. Dieses leitet aus der Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Artikel 1, Absatz 1 GG) und aus dem Sozialstaatsprinzip (Artikel 20, Absatz 1 GG) ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ab. Die Prüfung der (Kinder-)Regelsätze nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II beziehungsweise XII hat ergeben, dass die Berechnungsgrundlage der Regelsätze verfassungswidrig ist. Das Gericht räumte dem Gesetzgeber eine Frist bis zum 31. Dezember 2010 ein, um seine Vorgaben zur Berechnung der Regelsätze zu

erfüllen. Nach einem langen Verhandlungsmarathon im Vermittlungsausschuss einigten sich Bundesregierung und Opposition Ende Februar 2011 darauf, den Regelsatz nach dem SGB II für Erwachsene rückwirkend ab dem 1. Januar 2011 um fünf Euro auf monatlich 364 Euro zu erhöhen. Ab 1. Februar 2012 wird der Satz als einmaliger Inflationsausgleich um weitere drei Euro angehoben.

Zwar ändert sich an der Höhe der Regelsätze für Kinder nichts. Bedürftige Kinder, die Sozialgeld beziehen, erhalten jedoch ein Bildungspaket. Dabei werden ebenso die Kinder einbezogen, deren Eltern Wohngeld und Kinderzuschlag erhalten. Auch wenn die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen der Caritas zurückgeblieben sind, so ist dies ein Schritt in die richtige Richtung: Insbesondere das Bildungspaket lässt hoffen, dass zukünftig besser auf die Bedürfnisse von Kindern eingegangen wird. An dieser Stelle ist allerdings zu betonen, dass ein veranschlagter Betrag von 10 Euro monatlich nicht ausreichen wird zur Umsetzung der im Leistungskatalog des Bildungspaketes genannten Möglichkeiten, wie Vereinsbeiträge für Sport oder Musikunterricht.

Nach dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil hat das Landessozialgericht Baden-Württemberg in seinem Beschluss zu einem Prozesskostenhilfverfahren Ende April 2010 Bedenken

gegen die Verfassungsmäßigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) geäußert. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (LSG NRW) hat daraufhin Ende Juli 2010 dem Bundesverfassungsgericht die Frage der Verfassungswidrigkeit des AsylbLG vorgelegt: Die Richter halten die Leistungen für verfassungswidrig, die seit Schaffung des AsylbLG 1993 nicht angehoben worden sind. Im Vergleich zu den Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) reichen, so die Richter, diese offensichtlich nicht aus, um eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten. Das

»Die Armen und Kleinen können es sich nicht leisten, dass ein großes Hoffnungspotenzial der Menschen so einfach vor die Hunde geht, dass ein starkes Motiv für mehr Gerechtigkeit und Solidarität so einfach verdunstet. Aus der Perspektive der Armen darf aus der Kirchenkrise keine Evangeliumskrise werden.«

Hans-Jürgen Marcus
Diözesancaritasdirektor Hildesheim

LSG NRW bemängelt zudem, dass die Leistungen nicht in einem Verfahren bemessen wurden, wie es das BVerfG verlangt. In ihrer Begründung berufen sich die Essener Richter dabei auf das Urteil des BVerfG vom 9. Februar 2010 zu den Hartz-IV-Regelleistungen.

Es bleibt zu hoffen, dass der jahrelangen Forderung der Caritas nach Abschaffung des AsylbLG durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprochen wird. Die Leistungen nach dem AsylbLG liegen inzwischen um etwa 35 Prozent unter dem Niveau der Leistungen nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII und betragen für Erwachsene 224,97 Euro.

Ansprechpartner:

Merhawit Desta

Referentin für Migration/Sozialrecht

Fon: 06431.997.179

merhawit.desta@dicv-limburg.de

Europaweit gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010“ hatte zum Ziel, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut zu stärken und die Wahrnehmung für deren Ursachen und Auswirkungen zu schärfen: Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, haben ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben und Teilhabe an der Gesellschaft. Im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung ist es unerlässlich, dass sich alle Bürger solidarisch zeigen und sich ehrenamtlich einsetzen. Zugleich sollen sich die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung weiter und verstärkt engagieren.

Auch der DiCV Limburg beteiligte sich an verschiedenen Aktionen, Veranstaltungen und Beiträgen. Innerhalb der Fokuswoche der Nationalen Armutskonferenz (NAK)⁵ zum Europäischen Jahr im Juni 2010 in Berlin setzten sich Experten in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz mit dem Thema Armut in verschiedenen Lebenslagen auseinander; Stefan Weber, Abteilungsleiter Soziale Sicherung und Migration im DiCV Limburg, führte hierbei einen Workshop zum Thema Armut und Arbeit durch. Daneben beteiligte sich die Caritas unter anderem an einer öffentlichkeitswirksamen Aktion vor dem Brandenburger Tor unter dem Motto „Ich will raus aus der Armut“.

Unter dem Motto „Zero Poverty: Gemeinsam gegen Armut – Beiträge zur Armutsdebatte“ veranstaltete die Hessen-Caritas am Anfang Oktober 2010 ein Symposium. Referenten waren unter anderem Prof. Dr. Christoph Butterwegge von der Universität Köln zum Thema „Armut in einem reichen Land“, Prof. Dr. Jürgen Boeckh von der Ostfalie-Hochschule zur gesellschaftlichen Funktion von Armut sowie Dr. Karl Koch, Referent für Sozialpolitische Grundsatzfragen im DiCV Limburg, der die europäische Dimension des Themas skizzierte. Dr. Thomas Becker, Abteilungsleiter Sozialpolitik und Publizistik im DCV, skizzierte in seinem Beitrag die Arbeit der Caritas auf der Bundesebene. Bei der anschließenden Diskussion ging es um zukünftige Schwerpunkte und erfolgsversprechende Strategien zur Armutsbekämpfung.

Beim Parlamentarischen Abend der Liga Hessen Mitte November 2010 sprach sich Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier in seinem Referat „Demokratischer Rechtsstaat und sozialer Ausgleich gehören zusammen“ vor Abgeordneten des Hessischen Landtages und Vertretern der Wohlfahrtsverbände deutlich für den Sozialstaat als wesentlichen Teil der nationalen Identität Deutschlands aus. Papier hatte im Februar 2010 als damaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts dessen so genanntes Hartz-IV-Urteil verkündet, das das damalige Berechnungsverfahren zur Bemessung der Regelsätze für verfassungswidrig erklärte.



⁵ Mitglieder der Nationalen Armutskonferenz sind: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., BAG Präkäre Lebenslagen, BAG Schuldnerberatung, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Bundesverband

Die Tafeln e.V., Der Paritätische Gesamtverband e.V., Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Caritasverband e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Die Liga Hessen hat den Parlamentarischen Abend zum Anlass genommen, ein Positionspapier zum Europäischen Jahr zu veröffentlichen. Die Liga Hessen formuliert ihre Erwartungen an die hessische Staatsregierung und die Staatsministerien, aber auch an die politischen Parteien mit ihren verzahnten Organisationseinheiten auf kommunaler, auf Landes- wie auch auf Bundesebene. Dabei thematisiert die Liga Hessen insbesondere die Frage der Existenzsicherung, der Armutsprävention sowie der selbstbestimmten Teilhabe.

Weitere Informationen gibt es unter:

www.nationale-armutskonferenz.de/index.php?id=17

(Fokuswoche der NAK)

www.dicv-limburg.de/20138.html

(Armutssymposium der Hessen-Caritas)

www.liga-hessen.de/aktuelles/Veranstaltungen/

(Parlamentarischer Abend der Liga Hessen)

www.liga-hessen.de/material/ (Positionspapier Liga Hessen)

Ansprechpartner:

Stefan Weber

Abteilungsleiter Soziale Sicherung und Migration

Fon: 06431.997.173

stefan.weber@dicv-limburg.de

„Kinderarmut bekämpfen“

Nach einem Jahr intensiver Arbeit in Gemeinden, Verbänden und Gremien des Bistums, in dem sich Haupt- und Ehrenamtliche mit den Ursachen, Erscheinungsbildern und Folgen von Kinderarmut auseinandersetzen, wurde am 25. August 2010 in Wiesbaden die Kampagne des Bistums Limburg „Kinderarmut bekämpfen“ beendet. Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst betonte in seinem Fazit, dass „starke Familien der beste Kinderschutz sind“. Kinder und Familien müssten in der Kirche eine „bedingungslose Fürsprecherin“ finden. Den anwesenden Vertretern



Die Präsidentin der Diözesanversammlung, Beatrix Schlausch, bei der Veranstaltung in Limburg: „Armut von Kindern in unserem Land ist ein Skandal!“

aus Politik und Kirche wurde als Ergebnis der Kampagne ein Katalog mit Forderungen und Wünschen überreicht, in dem fünf Rechte von Kindern formuliert sind:

- das Recht auf „Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums“,
- das Recht auf „kulturelle Teilhabe, auf Bildung und Förderung seiner Begabungen“,
- das Recht auf „soziale Teilhabe, auf Liebe und Zuwendung“,
- das Recht „auf ein unversehrtes und gesundes Aufwachsen“ und
- das Recht „auf eine Kirche, die sich für seine Rechte einsetzt“.

Forderungskatalog der Kampagne Kinderarmut:

www.dicv-limburg.de/8773.asp

Ansprechpartner:

Dr. Karl Koch

Stabstelle Sozialpolitische Grundsatzfragen

Fon: 06431.997.184

karl.koch@dicv-limburg.de

Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz

Die Landesarmutskonferenz Rheinland Pfalz wurde 2010 als ein Zusammenschluss von über 30 landesweiten Organisationen gegründet. Ihr gehören die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Gewerkschaften, Vereine, Tafeln und Selbsthilfeorganisationen sowie Wissenschaftler an. Sie versteht sich als ein Forum, das einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Rheinland-Pfalz leisten will. Gleichzeitig will die Landesarmutskonferenz ein kritischer Begleiter der Landespolitik sein und einen konstruktiven Beitrag zur Bekämpfung der Armut in Rheinland-Pfalz leisten.

Eine der ersten Aktivitäten der Landesarmutskonferenz war ein Gespräch mit der rheinland-pfälzischen Sozialministerin Malu Dreyer sowie die Veröffentlichung einer „Mainzer Erklärung zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung“. In 2011 will die Landesarmutskonferenz Begegnungen zwischen armen Menschen und Politikern organisieren, damit Betroffene ihre Anliegen und Erfahrungen direkt weitergeben können.

Ansprechpartner:

Stefan Weber

Abteilungsleiter Soziale Sicherung und Migration
Fon: 06431.997.173
stefan.weber@dicv-limburg.de

Dr. Karl Koch

Stabstelle Sozialpolitische Grundsatzfragen
Fon: 06431.997.184
karl.koch@dicv-limburg.de

Landessozialbericht Hessen

Im Juli 2009 hat der Hessische Landtag die Erstellung eines Landessozialberichtes beschlossen. Damit wurde eine langjährige Forderung des DiCV Limburg erfüllt. In dem Bericht sollen sowohl einzelne Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Kinder und Ältere) analysiert werden als auch die Lebenslagen (zum Beispiel Bildung und Erwerbsbeteiligung). Begleitet wird die Erstellung durch einen Beirat, der aus Vertretern von Kommunen, Kirchen, Wissenschaft, Statistischem Landesamt und Verbänden besteht. Die Liga Hessen ist mit zwei Vertretern im Beirat vertreten. Die konstituierende Sitzung des Beirates fand Anfang Oktober 2010 statt. Danach traf der Beirat sich noch zu zwei weiteren Sitzungen im November 2010. Während dieser Sitzungen wurde eine Vorlage des Hessischen Sozialministeriums zu den Themen des Landessozialberichtes und der themenbezogenen Indikatoren diskutiert. Die vielfältigen Kritikpunkte, Ergänzungs- und Streichungsvorschläge des Beirates wurden seitens des Hessischen Sozialministeriums zur Kenntnis genommen. Der Beirat soll erst wieder einberufen werden, wenn der erste Entwurf des Landessozialberichtes vorliegt. Dieser Entwurf soll bis Mitte/Ende 2011 zur Verfügung gestellt werden. Eine inhaltliche Bewertung wird erst dann möglich sein.

Ansprechpartner:

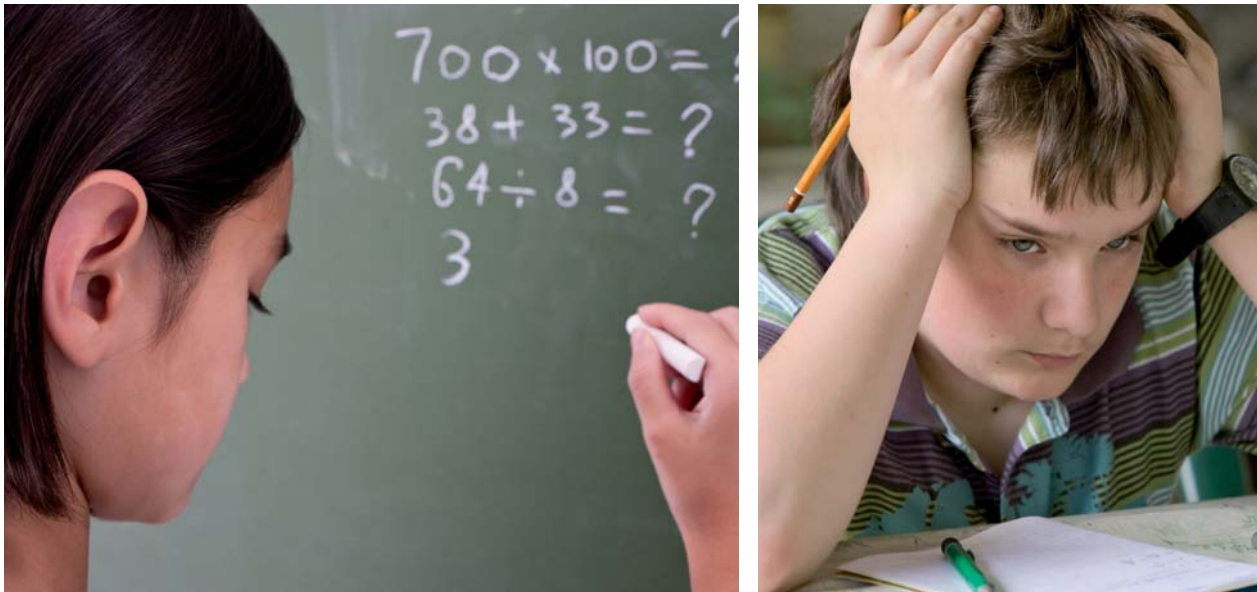
Dr. Karl Koch

Stabstelle Sozialpolitische Grundsatzfragen
Fon: 06431.997.184
karl.koch@dicv-limburg.de

Caritas-Hausaufgabenhilfe in Hessen: Kindern Bildungschancen bieten

In den Hausaufgabenhilfegruppen der Caritasverbände in Hessen werden jährlich etwa 2.000 Kinder betreut, wovon die überwiegende Zahl einen Migrationshintergrund hat. Das Angebot der Hausaufgabenhilfe hat in der Caritas Tradition: Sie ist seit mehr als 30 Jahren Bestandteil niedrigschwelliger Integrationsarbeit.

Mit der Überarbeitung und Verabschiedung der neuen Konzeption der Hausaufgabenhilfe der Caritasverbände in Hessen im Jahr 2010 wurde Verbindlichkeit darüber geschaffen, was dieses Angebot ausmacht: Es steht für die niedrigschwellige schulische und soziale Förderung



Die Caritas-Hausaufgabenhilfe fördert Kinder und ergänzt das schulische Angebot.

von Kindern, deren Familien sich in sozial und wirtschaftlich schwierigen Lebenssituationen befinden.

Ziel der Caritas-Hausaufgabenhilfe ist die Zusammenarbeit mit Lehrern (Schule) und Eltern bei der individuellen Förderung von Kindern. Sie setzt sich dafür ein, dass unnötige Einweisungen in Schulen für Lernhilfe reduziert werden, wenn diese aufgrund von Sprach- oder Entwicklungsverzögerungen vorgesehen sind. Hausaufgabenhilfe beinhaltet damit weit mehr als die Beaufsichtigung von Kindern während der Hausaufgabenzeit. Sie ist ein niedrigschwelliges schulisches Ergänzungsangebot. Damit diese Grundsätze der Konzeption systematisch auf die Umsetzungsebene transportiert werden, wurde eine Handreichung erarbeitet, die die (teils ehrenamtlichen) Helfer bei der Hausaufgabenhilfe unterstützen soll.

Dass es einen besonderen Bedarf an schulischen und sozialen Angeboten in der Hausaufgabenhilfe gibt, belegen nicht nur die Ausführungen im „8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland“. Auch die Debatte um Bildungsbeteiligung und Bildungsförderung, die aktuell im Kontext der Neugestaltung von Hartz IV geführt wird, zeigt diesen Bedarf. Mit der Einführung von Bildungsgutscheinen sollen, so das Ziel der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, auch die Kinder mehr Zugang zu Kultur und Bildung erhalten, die in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen leben.

Die Caritasverbände bieten Hausaufgabenhilfe an ganztätig arbeitenden Schulen an sowie – vorwiegend in den ländlich strukturierten Räumen – an außerschulischen Standorten. Die Umsetzung des Angebotes wurde entsprechend der örtlichen Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Schulen gestaltet, wodurch eine sehr differenzierte Angebotslandschaft entstanden ist. Die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zeigten in den vergangenen Jahren, dass eine flexible Angebotsgestaltung sinnvoll ist, wenn bestimmte Zielsetzungen und Prioritäten sowie Qualitätsansprüche der Arbeit klar definiert sind.

Angesichts der bevorstehenden Einsparungen auf Landes- und kommunaler Ebene steht die Hessen-Caritas mit Blick auf die Refinanzierung der Hausaufgabenhilfe vor neuen Herausforderungen: Ein verbessertes Marketing sowie die Erschließung zusätzlicher finanzieller Förderung stehen an. Die in 2010 verabschiedete Konzeption ist eine solide Grundlage für die Außerdarstellung des Angebots. Im Zusammenspiel mit neuen Refinanzierungsmöglichkeiten durch den Bund bietet sie die Chance, dass die Hausaufgabenhilfe fortbestehen kann, und dass Kinder mehr Bildung erhalten können.

Ansprechpartner:

Martina Schlebusch

Referentin für Migration

Fon: 06431.997.181

martina.schlebusch@dicv-limburg.de



»Bei meinen Visitationen in den Bezirken unseres Bistums beeindruckt mich immer wieder, wie viele Christen haupt- und ehrenamtlich in der Caritas engagiert sind. Hier zeigt sich, wie nahe der Glaube am Leben ist, wo Gott zur Motivation wird, für den Menschen einzutreten.«

Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst (Hirtenbrief »Zuversicht bewahren – Zukunft gewinnen« 2011)

Anhang

Finanzen

Ergebnisrechnung des DiCV Limburg 2010

Der DiCV Limburg erstellt seit vielen Jahren freiwillig einen Jahresabschluss und einen Lagebericht gemäß den Anforderungen des Handelsgesetzbuches (HGB). Mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2010 wurde durch den Caritasrat als Aufsichtsgremium das Wirtschaftsprüfungsunternehmen MNT Revision und Treuhand GmbH, Limburg, beauftragt. Die Wirtschaftsprüfer haben für das Geschäftsjahr 2010 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt und festgestellt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat und der Lagebericht angemessen und inhaltlich zutreffend ist.

Auch bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 setzten die Prüfer wieder einen Prüfungsschwerpunkt.

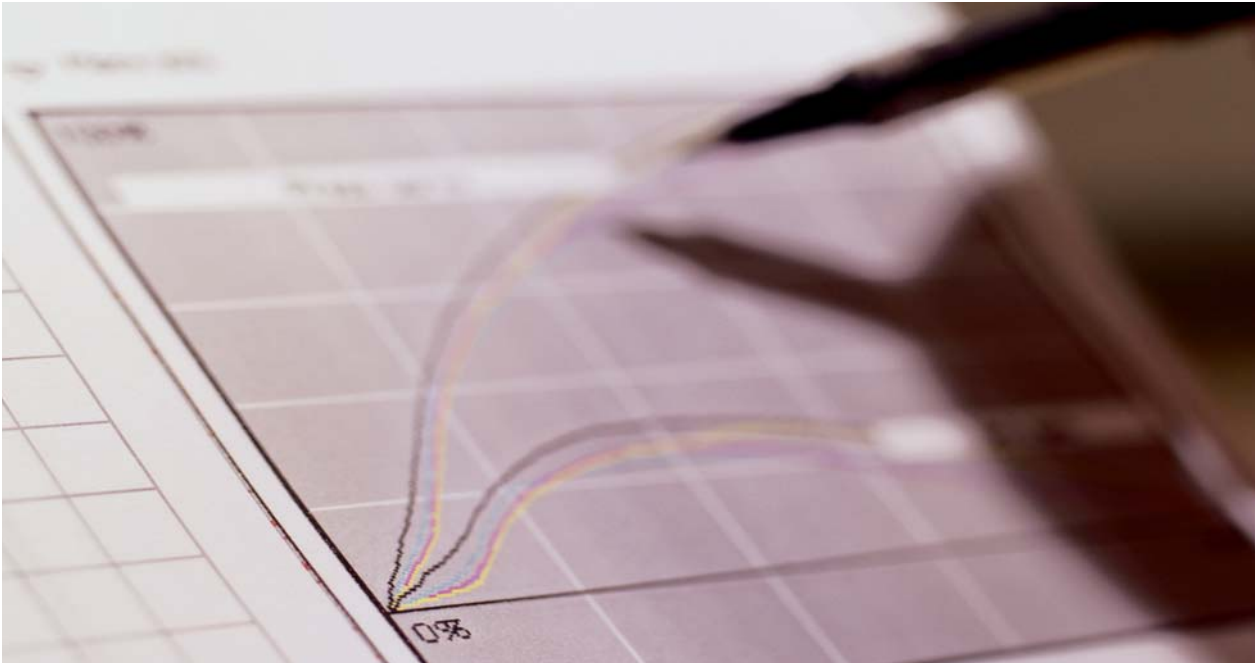
Nachdem im vergangenen Jahr das interne Kontrollsystem und hier besonders Bankgeschäfte, Barvorgänge und Kassenführung sowie personalwirtschaftliche Abläufe geprüft wurden, rückte in der aktuellen Prüfung die Organisation des Einkaufs von Wirtschaftsgütern und Leistungen in den Fokus.

Der Caritasrat hat zur Unterstützung seiner Aufsichts- und Kontrollfunktion aus seinen Mitgliedern einen Finanzausschuss gebildet. Eine reguläre Aufgabe des Finanzausschusses des Caritasrates ist die Prüfung des Lageberichtes und des Jahresabschlusses. Der Wirtschaftsprüfer berichtet dem Ausschuss direkt über seine Prüfungsergebnisse.



Gewinn- und Verlustrechnung des Caritasverbandes für die Diözese Limburg e.V. für das Geschäftsjahr 01.01.2010 bis 31.12.2010

	2010	2009
	in €	in €
Umsatzerlöse	1.581.209,61	1.621.809,38
Zuschüsse	10.267.333,15	9.899.928,83
Sonstige Erträge	752.704,65	923.541,52
Summe Erträge	12.601.247,41	12.445.279,73
Personalaufwand	3.970.651,37	4.248.784,23
Sonstige Aufwendungen	8.592.556,64	8.982.473,02
Summe Aufwand	12.563.208,01	13.231.257,25
Betriebsergebnis	38.039,40	-785.977,52
Finanzergebnis	488.757,01	364.064,27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	526.796,41	-421.913,25
Außerordentliches Ergebnis	-29,01	-8.666.395,62
Jahresergebnis	526.767,40	-9.088.308,87



Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresüberschuss von 526,8 T€ (2009: -9.088,3 T€). Beim Vergleich mit dem Vorjahreswert ist zu berücksichtigen, dass im Jahresfehlbetrag 2009 das außerordentliche Ergebnis von -8.666,4 T€ enthalten ist. Dieses war geprägt vom Vermögensabgang (-9.573,6 T€) durch die Vermögensübertragung in Verbindung mit der Abgabe der Einrichtungen an den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. (Immobilien), die Caritas Altenwohn- und Pflegegesellschaft mbH (Betrieb) in Wiesbaden sowie an das St. Vincenzstift Aulhausen (Immobilien und Betrieb).

In 2010 wurde ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 38,0 T€ (2009: -786,0 T€) erzielt. Zusammen mit dem Finanzergebnis von 488,8 T€ (2009: 364,0 T€) ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 526,8 T€ (2009: -421,9 T€).

Das Vermögensmanagement leistet mit dem Finanzergebnis einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der Aufgaben des Verbandes. Die Steigerung des Finanzergebnisses auf 488,8 T€ zeigt, wie erfolgreich das Vermögensmanagement des DiCV Limburg trotz der geringeren Kapitalmarktzinsen diese Aufgabe im Jahr 2010 bearbeitet hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Anlageentscheidungen sicherheitsorientiert und auf Basis einer durch den Vorstand des Verbandes beschlossenen Anlagerichtlinie getroffen werden. Überdies legt die Richtlinie auch ethische Kriterien fest.

Ansprechpartner:

Hans Jörg Millies

Finanzdirektor

Fon: 06431.997.240

hans-joerg.millies@dicv-limburg.de

Caritasstiftung in der Diözese Limburg

Das Jahr 2010 war ein erfolgreiches Jahr für die Caritasstiftung in der Diözese Limburg. So konnten die Dachstiftung sowie die treuhänderischen Stiftungen unter ihrem Dach mit erheblichen Ausschüttungen die Caritasarbeit unterstützen. Dank großer Zustiftungen wurden die Dachstiftung und ihre treuhänderischen Caritasstiftungen weiter gestärkt; vielfältige Spenden an die Dachstiftung ermöglichten zudem die Förderung von verschiedenen Projekten.

Solides Vermögensmanagement ermöglicht erhebliche Ausschüttungen

Aufgrund des soliden und erfolgsorientierten Vermögensmanagements hat die Caritasstiftung die Finanz- und Wirtschaftskrise gut überstanden, sodass das Jahresergebnis 2010 auch im Jahr 2011 erneut Förderungen und Ausschüttungen in erheblichem Umfang ermöglicht.

Durch die Dachstiftung wurden in 2010 insgesamt 18 Projekte unterstützt – dafür erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 117.820,72 Euro (2009: 62.580,76 Euro): So wurden mit 8.990 Euro Projekte zur Kampagne

Kinderarmut gefördert, mit 52.558,39 Euro unterstützt wurden Projekte aus dem Bereich „Frühe Hilfen“ und mit 30.347,70 Euro konnten gemeinnützige Aufgaben des DiCV Limburg gefördert werden. Aus dem Nachlass von Lothar Funken standen 10.691,59 Euro für Investitionen in die Ausstattung des Franziskus-Hauses sowie des Eschenbach-Hauses der Jugendberatung und Jugendhilfe e.V. zur Verfügung. Dank des Nachlasses der Eheleute Halank konnte eine Projektgruppe Betreutes Wohnen im Alfred-Delp-Haus mit 12.733,04 Euro finanziell unterstützt werden. Aus dem Familienfonds standen 2.500 Euro für eine Familienfreizeit zur Verfügung.

Jahresergebnis der treuhänderischen Stiftungen

Die insgesamt neun treuhänderischen Stiftungen unter dem Dach der Caritasstiftung konnten ein Jahresergebnis 2009 in Höhe von insgesamt 171.030,49 Euro ausweisen. Die Beiräte der treuhänderisch verwalteten Stiftungen entscheiden ihrerseits eigenständig über die jeweilige Ergebnisverwendung. Die treuhänderischen Stiftungen haben insgesamt 38.117,78 Euro ausgeschüttet, die übrigen Mittel wurden dem Kapital zugeführt.



Erhebliche Ausschüttungen der Caritasstiftung:

Ausschüttungen	2010
	in €
Dachstiftung (gesamt)	117.820,72
– Kampagne Kinderarmut	8.990,00
– Frühe Hilfen	52.558,39
– gemeinnützige Aufgaben	30.347,70
– Nachlass Lothar Funken	10.691,59
– Nachlass Eheleute Halank	12.733,04
– Familienfonds	2.500,00
Treuhänderische Stiftungen (gesamt)	38.117,78

Zustiftungen stärken Caritasstiftungen

Im Jahr 2010 haben folgende Zustiftungen die Caritasstiftungen weiter gestärkt:

Herkunft	Betrag	Zuordnung
	in €	
Bistum Limburg	430.000,00	Dachstiftung
Privatpersonen	5.750,00	Dachstiftung
Caritasverband WW-RL*	200.000,00	Familienstiftung CV WW-RL*
Haus der Volksarbeit	50.000,00	Karl-Pehl-Stiftung
Summe	685.750,00	

* Caritasverband Westerwald-Rhein-Lahn e.V.

Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk durch Wirtschaftsprüfer

Das Kuratorium hat das Wirtschaftsprüfungsunternehmen MNT Revision und Treuhand GmbH, Limburg, mit der Prüfung des Jahresabschlusses, der Mittelverwendung sowie der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung beauftragt. Bei der Prüfung der Jahresrechnung 2010 kam der Prüfer zum Ergebnis, dass die Buchführung ordnungsgemäß und die Verwendung der Stiftungsmittel satzungsgemäß erfolgen. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Weitere Informationen zu den geförderten Projekten gibt es in der „Caritasstiftung aktuell“, Ausgabe 2011:

www.dicv-limburg.de/65054.html

Ansprechpartner:

Hans Jörg Millies

Geschäftsführer der Caritasstiftung in der Diözese Limburg

Fon: 06431.997.240

caritasstiftung@dicv-limburg.de



»**Mission meint nicht Vorladung, sondern Einladung zur wahren Freiheit.** Die Einladung verbindet miteinander und gibt dem Wirken des Heiligen Geistes auch dort Raum, wo wir nicht mit seinem Wehen rechnen.«

Die deutschen Bischöfe (»Allen Völkern sein Heil. Die Mission der Weltkirche« 2004)



»**Zum katholischen Glauben gehört eine grundlegende Offenheit für andere.** Diese Offenheit zeigt sich in der religionspädagogischen Arbeit katholischer Kindertageseinrichtungen [...]. Eine für religiöse Unterschiede sensible Religionspädagogik befähigt Kinder, zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu unterscheiden, ohne das Fremde zu diskriminieren.«

Die deutschen Bischöfe (»Welt entdecken, Glauben leben. Zum Bildungs- und Erziehungsauftrag katholischer Kindertageseinrichtungen« 2008)

Organigramm des DiCV Limburg

Stand 15.05.2011



* Kontaktstelle zum Refugium

Zusammensetzung der Organe des DiCV Limburg

Der Vorstand des DiCV Limburg

– wurde am 11.02.2011 in der konstituierenden Sitzung des Caritasrates für drei Jahre gewählt –

vom Bischof benannt:	Pfarrer Michael Metzler Dr. Hejo Manderscheid	Vorsitzender Diözesancaritasdirektor
auf Vorschlag des Caritasrates vom Bischof benannt:	Pfarrer Kurt Geil	Lahnstein
vom Caritasrat gewählt:	Gisela Lühn Heinz Reusch	Frankfurt Montabaur

Der Caritasrat des DiCV Limburg

– wurde am 21.01.2011 in der IX. Vertreterversammlung gewählt –

Mitglieder des Vorstandes (ohne Stimmrecht, beratende Mitglieder)

Je ein von den Vorständen der Bezirks- und Stadtcaritasverbände entsendetes Mitglied:

Heinrich Arndt	Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V.
Karin Dhonau	Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V.
Detlef Dillmann	Caritasverband Westerwald – Rhein-Lahn e.V.
Hartmut Fritz	Caritasverband Frankfurt e.V.
Barbara Handke	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.
Michael Schwarzer	Caritasverband für den Bezirk Limburg e.V.
Ottmar Vorländer	Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V.

Einer der Zahl der Bezirks- und Stadtcaritasverbände und Fachverbände entsprechenden, von der Vertreterversammlung gewählten, mindestens jedoch sechs Mitgliedern:

Paul Arens	Dornburg – stellvertr. Vorsitzender –	Maria Boecker	Hohenstein-Born
Marita Dörner	Heidenrod	Ursula Grobien	Königstein
Andreas Hase	Hübingen	Manfred Hilger	Winden
Ingrid Iwanowsky	Frankfurt	Lydia Kapol	Wetzlar
Peter Paul	Glashütten-Schloßborn	Helmut Prochaska	Neuhäusel
Beatrix Schlausch	Dillenburg – Vorsitzende –	Anne Schauer	Elz

Je ein Vertreter der in der Diözese Limburg tätigen katholischen, caritativen Fachverbände und Vereinigungen:

Christina Kupper	Arbeitsgemeinschaft Caritas der Gemeinde	Achim Hölper	Malteser Hilfsdienst e.V.
Erika Nehr Korn	Sozialdienst katholischer Frauen e.V.	Josina Kiontke	Kreuzbund
Maria Kraus	Caritas-Gemeinschaft für Pflege- u. Sozialberufe		

Ein vom Diözesansynodalrat aus seinen Mitgliedern entsendetes Mitglied:

Beatrix Schlausch	Dillenburg
--------------------------	------------

Die Vertreterversammlung des DiCV Limburg

Die VIII. Vertreterversammlung fand am 21. Januar 2011 statt.

Mitglieder des Vorstandes

Mitglieder des Caritasrates

Je zwei von den Mitgliederversammlungen der Bezirks- und Stadtcaritasverbände gewählte Vertreter:

Ingrid Iwanowsky	Caritasverband Frankfurt e.V.
Susanne Stein	Caritasverband Frankfurt e.V.
Gisela Gärtner	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.
Klaus Lorek	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.
Peter Paul	Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V.
Wolfgang Ritsert	Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V.
Marcus-Ulrich Dillmann	Caritasverband für den Bezirk Limburg e.V.
Beate Trost	Caritasverband für den Bezirk Limburg e.V.
Marianne Dietrich	Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V.
Dr. Margarete Peters	Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V.
Andreas Hase	Caritasverband Westerwald – Rhein-Lahn e.V.
Helmut Prochaska	Caritasverband Westerwald – Rhein-Lahn e.V.
Elfi Rückert	Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V.
Beatrix Schlausch	Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V.

Je ein von den Vorständen der Bezirks- und Stadtcaritasverbände benannter Vertreter:

Heinrich Arndt	Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V.
Barbara Handke	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.
Karin Dhonau	Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V.
Detlef Dillmann	Caritasverband Westerwald – Rhein-Lahn e.V.
Michael Schwarzer	Caritasverband für den Bezirk Limburg e.V.
Hartmut Fritz	Caritasverband Frankfurt e.V.
Ottmar Vorländer	Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V.

Je ein Vertreter der caritativ tätigen Orden, Kongregationen und kirchlich anerkannten katholischen Schwesterngemeinschaften, die mehr als 20 Mitglieder in der Diözese Limburg beschäftigen:

Philipp Hery	Arme Dienstmägde Jesu Christi, Kloster Maria Hilf, Dernbach
Schwester Francy Matthew S.H.	Gemeinschaft der Herz-Jesu-Schwestern, Josefshospital, Wiesbaden

Je ein Vertreter der diözesanen und auf der Landesebene tätigen Arbeitsgemeinschaften der Caritasverbände:

Ruth Bornhofen-Wenzel	Arbeitsgemeinschaft psychologischer Beratungsdienste im Bistum Limburg
Sabine Dill-Arthen	Katholische Arbeitsgemeinschaft der Müttergenesung in der Diözese Limburg

Zusammensetzung der Caritasstiftung in der Diözese Limburg

Vorstand

Pfarrer Kurt Geil Vorsitzender	Lahnstein
Dr. Hejo Manderscheid Diözesancaritasdirektor	Limburg
Gisela Lühn	Frankfurt
Pfarrer Michael Metzler	Frankfurt
Heinz Reusch	Montabaur

Geschäftsführung

Hans Jörg Millies
Beratendes Mitglied

Kuratorium

Miryam M. Artschwager stellvertretende Sprecherin	Wiesbaden
Dr. Norbert Dickopf	Oberursel
Ursula Grobien	Königstein
Achim Hölper	Limburg
Michael Staude	Nassau
Beate Steinmetz	Hofheim
Prof. Dr. Gernot Sydow	Limburg
Hans-Jürgen Treutler	Usingen
Michael Wüst Sprecher	Härtlingen

Veröffentlichungen im DiCV Limburg 2010/2011

Weber, Stefan/Eufinger, Jürgen:

Wie verhält sich die Caritas in Hessen zu Tafeln und ähnlichen Ergänzenden Armutsdiensten?, in: Lorenz, Stephan (Hg.): Tafelgeschichten, transcript Verlag Bielefeld 2010, Seiten 129-139.

Weber, Stefan:

Armut und Arbeit – Dokumentation der Forumsveranstaltung „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Akteure im Dialog“ innerhalb der Fokuswoche der Nationalen Armutskonferenz am 23.06.2010, in: nak Nationale Armutskonferenz in Kooperation mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (Hg.): Gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Berlin 2010, Seiten 22-24.

Ahne, Markus:

Selbstbestimmt leben – auch im Alter, in: Apostel – Provinzialat der Ordensgemeinschaft von den Heiligsten Herzen Jesu und Mariens (Arnsteiner Patres e.V.) (Hg.): In Würde und Gemeinschaft alt werden, Lahnstein 4/2010, Seite 17.

Ebach, Martin:

Privatinsolvenz: Liberté, Fraternité, Portemonnaie?, in: Deutscher Caritasverband (Hg.): neue Caritas-Jahrbuch 2011, Freiburg im Breisgau 2010, Seiten 231-233.

Weber, Stefan:

Die Hessen-Caritas und die Tafeln, in: Deutscher Caritasverband (Hg.): neue Caritas-Jahrbuch 2011, Freiburg im Breisgau 2010, Seite 233.

Adressen

Caritasverband für die Diözese Limburg e.V.

Graupfortstraße 5
65549 Limburg a.d. Lahn
Fon: 06431 997-0
Fax: 06431 997-114
info@dicv-limburg.de
www.dicv-limburg.de

Vorsitz: Pfarrer Michael Metzler, Ordinariatsrat
Geschäftsführung: Dr. Hejo Manderscheid,
Diözesancaritasdirektor
Vorsitz Caritasrat: Beatrix Schlausch

Caritas-Akademie St. Vincenz

Caritas-Altenpflegeschule Hadamar

Franz-Gensler-Straße 7
65689 Hadamar
Fon: 06433 876527
Fax: 06433 876520

altenpflegeschule@caritas-akademie-stvincenz.de
www.dicv-limburg.de

Leitung: Cordula Schneider

Caritas-Altenpflegeschule Wiesbaden

Karl-Arnold-Straße 13a
65199 Wiesbaden
Fon: 0611 184318-0
Fax: 0611 184318-6

verwaltung.wiesbaden@caritas-akademie-stvincenz.de
www.altenpflegeschule-wiesbaden.de

Leitung: Cordula Schneider

Refugium für Mitarbeitende in Caritas und Pastoral*

Kreuzweg 23
65719 Hofheim
Fon: 06192 206-300
Fax: 06192 206-301

info@refugium-hofheim.de
www.refugium-hofheim.de

Leitung: Pfarrer Ludwig Reichert

Stadt- und Bezirks Caritasverbände

Caritasverband Frankfurt e.V.

Walther-von-Cronberg-Platz 2
60594 Frankfurt a.M.
Fon: 069 2982-0
Fax: 069 2982-166

info@caritas-frankfurt.de
www.caritas-frankfurt.de

Vorsitz: Dr. Johannes zu Eltz, Stadtdekan
Geschäftsführung: Hartmut Fritz, Caritasdirektor
Vorsitz Caritasrat: Hermann-Josef Menne

Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V.

Dorotheenstraße 9-11
61348 Bad Homburg
Fon: 06172 59760-100
Fax: 06172 59760-119

geschaeftsstelle@caritas-hochtaunus.de
www.caritas-hochtaunus.de

Vorsitz: Reinhold Kalteier, Pfarrer
Geschäftsführung: Karin Dhonau
Vorsitz Caritasrat: Peter Paul

Caritasverband für den Bezirk Limburg e.V.

Schiede 73
65549 Limburg a.d. Lahn
Fon: 06431 2005-0
Fax: 06431 2005-55

info@caritaslimburg.de
www.caritas-limburg.de

Vorsitz: Franz-Josef Kremer, Bezirksdekan
Geschäftsführung: Michael Schwarzer
Vorsitz Caritasrat: Paul Arens

Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V.

Vincenzstraße 29
65719 Hofheim a.Ts.
Fon: 06192 2934-0
Fax: 06192 2934-33

info@caritas-main-taunus.de
www.caritas-main-taunus.de

Vorsitz: Franz-Heinrich Lomberg (komiss.)
Geschäftsführung: Ottmar Vorländer
Vorsitz Caritasrat: Christian Stollenwerk

* Das Refugium wird getragen vom Bischöflichen Ordinariat Limburg und den Caritasverbänden im Bistum Limburg.

Caritasverband für den Bezirk Westerwald-Rhein-Lahn e.V.

Philipp-Gehling-Straße 4
56410 Montabaur
Fon: 02602 1606-0
Fax: 02602 1606-31
info@cv-ww-rl.de
www.caritas-ww-rl.de

Vorsitz: Heinz-Walter Bartenheier, Bezirksdekan

Geschäftsführung: Detlef Dillmann,
Caritasdirektor (bis 30.06.2011)

Frank Keßler-Weiß, Caritasdirektor
(ab 01.07.2011)

Vorsitz Caritasrat: Walter Hartlich

Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V.

Goethestraße 13
35578 Wetzlar
Fon: 06441 9026-0
Fax: 06441 9026-28

info@caritas-wetzlar-lde.de
www.caritas-wetzlar-lde.de

Vorsitz: Peter Kollas, Pfarrer

Geschäftsführung: Heinrich Arndt

Vorsitz Caritasrat: N. N.

Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.

Friedrichstraße 26-28
65185 Wiesbaden
Fon: 0611 174-174
Fax: 0611 174-171

geschaeftsstelle@caritas-wirt.de
www.caritas-wiesbaden-rheingau-taunus.de

Vorsitz: Wolfgang Rösch, Stadtdekan

Geschäftsführung: Barbara Handke,
Caritasdirektorin

Vorsitz Caritasrat: Gisela Gärtner

Fachverbände des Caritasverbandes für die Diözese Limburg e.V.

Diözesanverband des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) e.V.

Diözesan-Vertreterin des SkF
in der Diözese Limburg: Dorothea Gruß

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) e.V. Wiesbaden

Platter Straße 80
65193 Wiesbaden
Fon: 0611 952870
Fax: 0611 5900422

info@skf-wiesbaden.de
www.skf-wiesbaden.de

Vorsitz: Erika Nehr Korn, Dr. Ingrid Abel (stellvertr.
Vorsitzende); Dorothea Gruß

Geschäftsführung: Erika Nehr Korn, Dr. Ingrid Abel,
Dorothea Gruß

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) e.V. Frankfurt

Kriegkstraße 36
60326 Frankfurt am Main
Fon: 069 973823-0
Fax: 069 973821-55
monikahaus@skf-frankfurt.de

Vorsitz: Brigitte Weber
Geschäftsführung: Margit Grohmann

Kreuzbund

Rheinstraße 17
65185 Wiesbaden
Fon: 069 50830464
hadeleh@t-online.de
www.kreuzbund-dv-limburg.de

Vorsitz: Heinz Wronski
Geschäftsführung: Hans-Dieter Lehmann

Malteser Hilfsdienst e.V.

Frankfurter Straße 9
 65549 Limburg a.d. Lahn
 Fon: 06431 9488-0
 Fax: 06431 9488-32
 Info-limburg@malteser.org
 www.malteser-limburg.de
 Vorsitz: Peter Deselaers
 Geschäftsführung: Gregor Götz

Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK), regionale Arbeitsgemeinschaft Frankfurt

Walther-von-Cronberg-Platz 2
 60594 Frankfurt a.M.
 Fon: 069 2982-148
 Fax: 069 2982-254
 rene.elbert@caritas-frankfurt.de
 www.caritas-frankfurt.de
 Vorsitz: Ralf Albensoeder
 Geschäftsführung: Renate Elbert

Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK), regionale Arbeitsgemeinschaft für den Westerwald-Rhein-Lahn

Graupfortstraße 5
 65549 Limburg a.d. Lahn
 Fon: 06431 997-224
 Fax: 06431 997-190
 eva.hannoever-meurer@dicv-limburg.de
 www.dicv-limburg.de
 Vorsitz: Detlef Dillmann,
 Caritasverband Westerwald-Rhein-Lahn e.V.
 Geschäftsführung: Eva Hannover-Meurer,
 DiCV Limburg

Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK), regionale Arbeitsgemeinschaft für Main-Taunus

Graupfortstraße 5
 65549 Limburg a.d. Lahn
 Fon: 06431 997-204
 Fax: 06431 997-190
 mariska.vandijk@dicv-limburg.de
 www.dicv-limburg.de
 Vorsitz: Ottmar Vorländer,
 Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V.
 Geschäftsführung: Mariska van Dijk, DiCV Limburg

Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK), regionale Arbeitsgemeinschaft für Hochtaunus

Graupfortstraße 5
 65549 Limburg a.d. Lahn
 Fon: 06431 997-204
 Fax: 06431 997-190
 mariska.vandijk@dicv-limburg.de
 www.dicv-limburg.de
 Vorsitz: Karin Dhonau,
 Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V.
 Geschäftsführung: Mariska van Dijk, DiCV Limburg

Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK), regionale Arbeitsgemeinschaft in den Bezirken Limburg, Wetzlar und Lahn-Dill-Eder

Graupfortstraße 5
 65549 Limburg a.d. Lahn
 Fon: 06431 997-203
 Fax: 06431 997-190
 Martin.serafin@dicv-limburg.de
 www.dicv-limburg.de
 Vorsitz: Vera Arras, Limburg
 Geschäftsführung: Martin Serafin, DiCV Limburg

**Verband Katholischer Tageseinrichtungen
für Kinder (KTK), regionale Arbeitsgemeinschaft
für Rheingau, Untertaunus und Wiesbaden**

Friedrichstraße 26-28

65185 Wiesbaden

Fon: 0611 174-183

Fax: 0611 174-140

dagmar.geisler@caritas-wirt.de

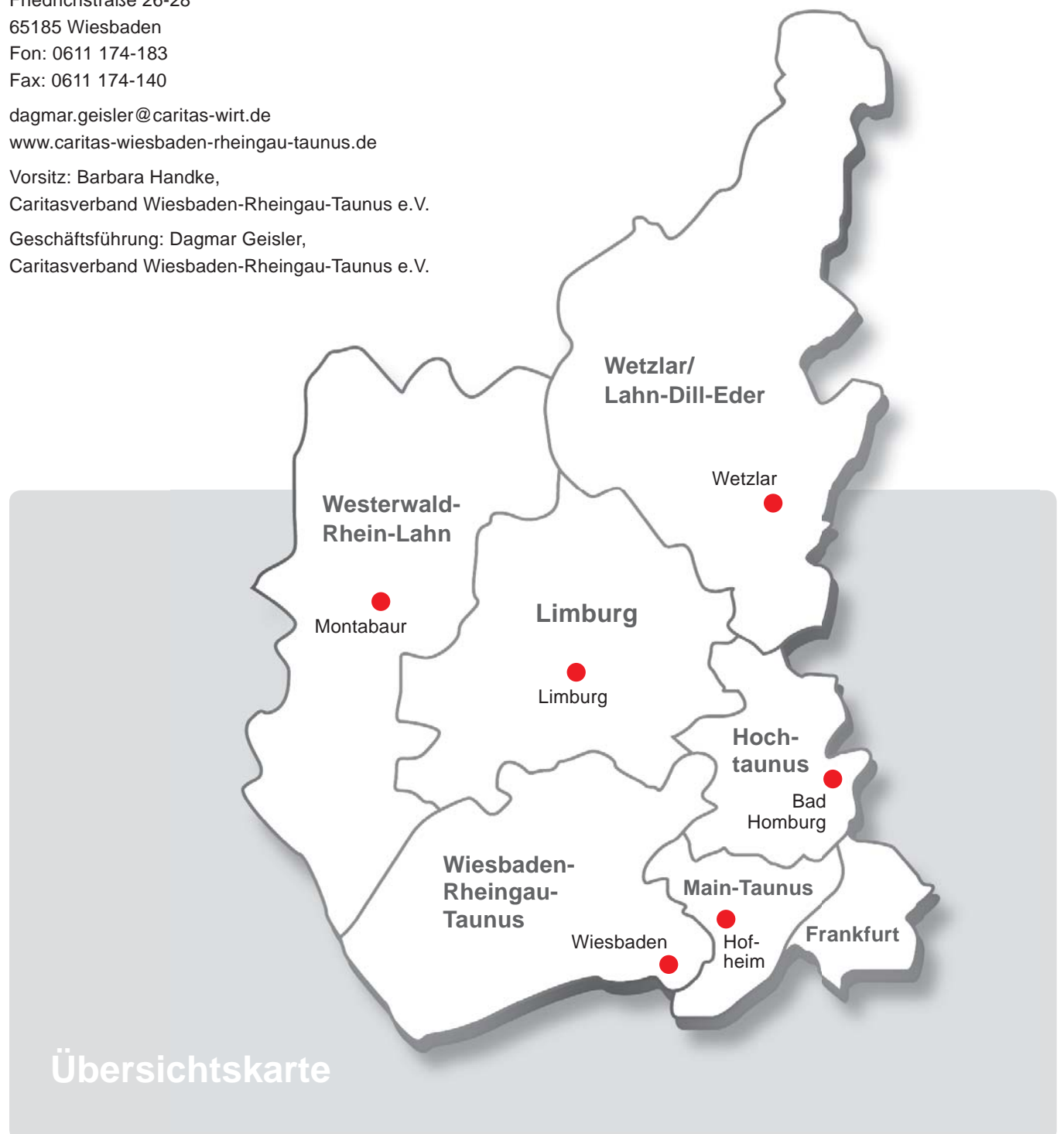
www.caritas-wiesbaden-rheingau-taunus.de

Vorsitz: Barbara Handke,

Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.

Geschäftsführung: Dagmar Geisler,

Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.



Caritasverband für die Diözese Limburg e.V.

Graupfortstraße 5 · 65549 Limburg a.d. Lahn

Fon: 06431.997.0 · Fax: 06431.997.104

info@dicv-limburg.de

www.dicv-limburg.de



Caritasverband
für die Diözese
Limburg e.V.

caritas